

Arbeiten sollen, nach einem Gerücht aus Siewers, im nächsten Teile des Bezirks ausgebrochen sein. In mehreren Dörfern sprechen die Bauern ganz offen von der Aufstellung des Grundbesitzes, auch fallen sie in den Wäldern eigenmächtig Holz. Nach den betreffenden Dörfern sind Kosten abgezahlt.

In Moskau ereignete sich auf dem Theaterplatz eine starke Explosion. Mehrere Personen, von denen eine verwundet wurde, wurden verhaftet.

Abgesandte der Arbeiter versicherten dem Volkstisch, daß die Ruhe in der Stadt Nowol aufrechterhalten wird. Das Post- und Telegraphenamt in Samtred wurde von den Blinderern angegriffen. 2000 Rubel sind geraubt.

Die Persönlichkeit des bei der Wombenexplosion im Hotel Bristol in Petersburg umgekommenen Unbekannten ist als eines Russen Naumann aus dem Südwestgebiet festgestellt. Naumann war Mitglied der „Kampfsorganisations“.

Drei große Zuckerrübenfabriken in der Gegend von Kiew, die dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch, dem Baron Meyendorff und den Terebitschenskiern Erben gehörend, sind von aufrührerischen Bauern völlig eingeschert worden.

Politische Heberficht.

Hilfe für Notleidende! Eine Vorlage zur Verringerung des sozialen Elends in dem preussischen Dreiklassenhaufe von der Regierung zugefickt worden. Dem herzoglichen Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg soll mit einer jährlichen Investitionsrente von 150,000 Mk. zu zahlen aus preussischen Steuergeldern, unter die Arme gegriffen werden. Gleichmäßig soll auch ein Stück Wohnungsfrage gelöst werden, das Schloß Glücksburg, an dem die fürstliche Familie bisher nur den Viehbrauch hatte, soll in deren Besitz übergehen. Wenn eine Arbeiterfamilie in finanzielle Verlegenheit gerät, erhält sie im besten Fall eine nicht fürs Können reichende Armenunterstützung, und ihr Oberhaupt verliert seine wichtigsten politischen Rechte. Wenn eine Fürstlichenfamilie mit ihren für proletarische Begriffe immer noch märchenhaft hohen Einkünften nicht haushalten kann, so nennt man die Hilfeleistung keine Unterstützung, keine Subvention, kein Stipendium, sondern eine Schadloshaltung. Das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg soll auch nunmehr „schadlos gehalten werden“. Aber wofür?

Einundzwanzig Jahre nach der Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen, anlässlich der Verlobung des damaligen Prinzen Wilhelm mit einer Tochter ihres Hauses, waren die Augulienburger auf die glänzende Idee verfallen, sich den Verzicht auf ihr erbliches Gottesgnadentum, auf das ihnen kein Jude mehr etwas hätte bergen wollen, vom preussischen Staate honorieren zu lassen. Abermals zwanzig Jahre später verfallen die Sonderburg-Glücksburger auf die grandiose Idee, daß auch sie „schadlos“ zu halten wären. Die Sonderburg-Glücksburger hätten, wenn die Weltgeschichte einen anderen Lauf genommen hätte, vielleicht in einigen Jahrhunderten das Herzogtümchen besessen. Jetzt hat die preussische Regierung plötzlich eingesehen, daß der preussische Staat der depossidierten Familie eine Vergütung schuldig ist. Die Idee kommt etwas spät — aber sie ist, wie jedermann einsehen muß, gerecht und billig. Auch ist die Summe von 150,000 Mk. jährlich gar nicht zu hoch geariffen; man wird, wenn etwa künftige Ereignisse zu einer rapiden Verminderung des europäischen Gottesgnadentums führen sollten, an dieser preussischen Tare ohne Bedenken festhalten dürfen.

Keine Reichserbschaftsteuer? Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Gegenüber den Gerüchten, daß die Vorlage über eine Reichserbschaftsteuer bereits im Reichsschatzamt ausgearbeitet sei, sind wir in der Lage, nochmals hervorzuheben, daß zwar einige maßgebende Stellen im Reich neuerdings dem Gedanken einer solchen Steuer sympathischer gegenüberstehen, daß aber die grundsätzlichen und schwerwiegenden Bedenken der meisten Einzelstaaten noch nicht im geringsten beseitigt sind und nach menschlicher Voraussicht auch nicht beseitigt werden können.“

Das läßt mit andern Worten: Im Bundesrat wird niemals eine Mehrheit für eine Erbschaftsteuer zusammenkommen. Da das Reich aber notwendig mehr Geld braucht, weil man es für nötig hält den unerfährlichen Moloch Militarismus reichlicher als bisher zu füttern, werden dem Volke neue Lasten aufemwält werden.

Die Behauptungen des Berliner Korrespondenten sind im preussischen Abgeordnetenhause durch den Minister Freiherrn von Arnim bestätigt worden. Er hat nach einem Bericht der „Vf. Ztg.“ auf eine konservative Anpassung hin ausgeführt: „Welcher Weg im Interesse der Reichsfinanzreform eingeschlagen wird, darüber sind noch keine Verhandlungen eingetreten und noch keine Vorlagen an die Staatsregierung herangetreten. Meines Erachtens würde, wenn eine entsprechende Vorlage kommen sollte, Preußen nicht für eine Reichserbschaftsteuer eintreten können, da es einen Ausfall an seiner Erbschaftsteuer erleiden würde. Ebenfalls wäre meines Erachtens der Weg eines Reichseinkommensteuergesetzes für alle Bundesstaaten, sowie auch für Preußen vollkommen unbeschreiblich.“

Also bleibt nur der Tabak, das heißt: nur die Taschen des Volkes!

Sohnerrhöhung für Minister. Im preussischen Abgeordnetenhause wurde über die Heilfrage der Minister verhandelt.

Im Etat des Staatsministeriums sind für sieben preussische Staatsminister Stellenlagen von je 14,000 Mark gefordert, so daß die Herren dann mit 98,000 Mark 50,000 Mark Einkommen haben würden. Die Budgetkommission hat die Staatsforderung bewilligt, ist aber über sie noch bezweifelnd, indem sie die Bestimmung des § 10 des Pensionengesetzes, wonach nur die Hälfte des Betrages pensionfähig wird, der über 12,000 Mark des Einkommens hinausgeht, auf das Einkommen von Staatsministern nicht anzuwenden, behauptet hat. Von den Nationalliberalen, Konservativen und vom Zentrum wurde beantragt, die Hälfte § 10 des Pensionengesetzes überhaupt aufzuheben, sodas die Verminderung der Pension für die höher besetzten Beamten überall in Wegfall kommen soll. Die Forderung von 14,000 Mark an die Minister soll nicht pensionfähig sein. Immerhin werden dadurch die Minister auch in den Pensionenbezügen erheblich gehoben, da bisher nur 24,000 Mark ihres Gehaltes

pensionfähig waren, während dies in Zukunft die ganzen 36,000 Mark sind. Gegen die Forderung selbst wurde nur von dem freisinnigen Abgeordneten W. L. M. M. Widerspruch erhoben. Er erklärte aber, daß eine Erhöhung der Gehälter zweckmäßig sei, lebte sie aber aus dem Grunde ab, weil sie unbillig mit der erhöhten Repräsentationspflicht begründet sei. Auch gegen den Antrag Friedrichs nahen der freisinnige Arbeiter Stellung, weil nicht zu erwarten sei, daß der Reichstag das Reichsbeamten- und Militärpensionengesetz im gleichen Sinne ändern werde, wie jetzt das preussische Beamtenpensionengesetz geändert werden soll und es doch nicht wünschenswert sei, daß eine Ungleichheit zwischen Preußen und dem Reich entsteht. Die übrigen Parteien bewilligten alle die Forderung; nur Herr v. B. hatte im einzelnen Bedenken. — Sowohl die Staatsforderung wie der Antrag der Mehrheitsparteien auf Aufhebung des die Pension beschränkenden Paragraphen des Pensionengesetzes wurde angenommen. Sehr läßt die Begründung des Abg. S. v. S., der seine Zustimmung zu der Gehaltserhöhung deshalb gab, weil die Minister so viele Ausgaben für Wohltätigkeitszwecke zu leisten hätten.

Die Minister selbst waren in der Sitzung nicht anwesend, sondern ließen sich durch Geheimräte vertreten. Unterstaatssekretär Dombrowski führte das Wort; aus seinen Ausführungen ist erwähnenswert, daß die preussische Regierung ihren Einfluß im Bundesrate dahin verwenden will, daß auch der Kriegsminister und der Staatssekretär des Reichsmarineamtes die gleichen Stellenzulagen erhalten.

Die Rettung der Kavallerie. In einer der letzten Sitzungen der Budgetkommission, die über die Militärforderungen der Regierung verhandelte, waren infolge des Verhaltens des Zentrums alle Kavallerieforderungen unter den Tisch gefallen. Von sozialdemokratischer Seite ist das sofort als ein taktischer Schachzug der schwarzen Garde hingestellt worden. Daß es dem Zentrum mit der Ablehnung nicht ernst war, hat sich am Dienstag gezeigt, wo die Vertreter dieser Schachpartei in der Budgetkommission nichts Eiligeres zu tun hatten, als die ins Wasser gefallene Kavallerie auf ihre Weise zu retten. Sie legten einen sorgsam vorbereiteten Kompromißantrag vor, der der Regierung alles geben wollte, nur etwas länger sollte sie warten, bis sie alles einstreichen könnte. Der durch einen Antrag Nichtsosen noch „ergänzte“ Kompromißantrag des Zentrums wurde auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen. Der Kompromißantrag besagt nun: Vom 1. April 1905 ab wird die Friedensstärke des Heeres als Jahres-Durchschnittsstärke allmählich herauf erhöht, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1909 die Zahl von 505,839 Mann erreicht (Einjährige, Unteroffiziere und Offiziere sowie alle Militärbeamten z. nicht eingerechnet). Von dieser Präsenzstärke gehen — nach dem Kompromißantrage — 2000 Oekonomiehändler ab, für deren Ersatz durch zivile Handwerker die Vorbereitungen spätestens bis zum 31. März 1910 im Etat zu treffen sind. Die Verminderung der Zahl tritt mit dem Ersatze ein. Bisher wurden bei der Errichtung von Korps-Bekleidungsämtern und ihrer Besetzung durch Handwerker aus der Zivilbevölkerung die bisherige Anzahl der sogenannten Oekonomiehändler nicht wieder zurückgerechnet, so daß die Präsenzstärke sich allmählich nicht unbeträchtlich erhöht hatte.

Was die Zahl und Art der durch das Gesetz zu schaffenden Formationen (Kadres) anlangt, so wurde beschlossen:

Die Zahl der vorhandenen Formationen wird

bei der Infanterie auf	633 Bataillone,
bei der Kavallerie auf	510 Eskadrons,
bei der Feldartillerie auf	574 Batterien,
bei der Kavallerie auf	40 Bataillone,
bei den Pionieren auf	29 Bataillone,
bei den Verbandsgruppen auf	12 Bataillone,
bei dem Train auf	23 Bataillone

in der Weise erhöht, daß bei der Kavallerie 10 Eskadrons vom 1. April 1910 (im ursprünglichen Zentrumsantrag 1912!) bis zum Schlusse dieses Rechnungsjahres, die übrigen Formationen bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1909 gebildet werden.

Aus der Budgetkommission. Bei dem Etat der Gouverneure, Kommandanten und Platzmajore regte Abg. Dr. S. v. S. vergeblich Einsparungen durch Streichung einer Anzahl von Stellen, z. B. des Kommandanten von Königsberg (ein Kommandant mit 6000 Mk. für eine Kompanie und einige Artilleristen) und des Kommandanten von Frankfurt a. M. an. Die Stelle in Frankfurt sei schon 1890/91 als „fünftels wegfallend“ bezeichnet worden, aber die Untere freizeite immer noch das Gehalt ein; man solle ihm beurlauben machen, daß das nun einmal anzuheben müsse. General S. v. S. von Arnim bekräftigte die Äußerung des Abg. S. v. S., die darauf abgelehnt wurden.

Vom Tuerkflug. Ein Filosenbuehl hat dieser Tage in der Fuchsbühl bei Finkenwalde in Pommern stattgefunden. Als Gegner standen sich der praktische Arzt Dr. med. Meißner und der Antirichter Feinling gegenüber, die beide in Finkenwalde wohnen. Als Kartellträger fungierte der Gerichtsmediziner Scheunemann. Die Bedingungen waren recht schwer: beim dritten Angelwechsel wurde Dr. Meißner am rechten Arme erheblich verwundet, sodas er sofort das Krankenhaus aufsuchen mußte. Die Veranstaltung zu dem Tuerkflug soll eine Lunte gegeben haben. Diese hatte von dem Vorhaken der beiden Gegner Kenntnis erhalten und benachrichtigte die Polizei, um den Feuerkampf zu verhindern. Ihre Einmischung hatte aber keinen Erfolg; denn während man noch bemüht war, die Teilnehmer des Zweikampfes aufzuhalten, war bereits die Meldung von seinem blutigen Ausgange eingetroffen.

Ein Antirichter als Medant und ein Gerichtsaffessor als Kartellträger! Das Ansehen der staatlichen Justizlinien wie der Rechtspflege wird dadurch natürlich bedeutend erhöht, wenn Leute, deren Beruf es ist, darüber zu wachen, daß die Gesetze des Staates von dessen Bürgern beobachtet werden, sich selbst ohne weiteres über diese Gesetze hinwegsetzen und da jammern die gerechten Staatsbürger über das Schwindeln der „Autorität“ und fragen das „niedere Volk“ an, das sich bei ihm alle Bande nummer sehen mehr und mehr lösen!

Die bedingte Begnadigung. Dem Reichstag ist die Zusammenstellung über die Anwendung der für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften für die Zeit bis Ende 1904 zuzugewandt. Insgesamt ist bei der Einführung der bedingten Begnadigung bis Ende 1904 in 8063 Fällen die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gemacht worden. Hier das Jahr 1904 beträgt die Zahl 14,783. Die Wahrsache lag in 76 Prozent der Fälle Personen männlichen Geschlechts, in 24 Prozent Personen weiblichen Geschlechts zu gute. Dabei kamen vier Fünftel aller bedingten Begnadigungen auf Jugendliche und zwar, abgesehen von 3 Prozent, auf noch nicht mit Freiheitsstrafe beehrte Jugendliche. Die Strafzahl handlung, auf welche sich die Bewandigung bezog, war in 66 Prozent der Fälle ein Vergehen, in 21 Prozent ein Verbrechen und in 13 Prozent eine Übertretung. Die Dauer der angelegten Bewandigungsfrist betrug in 7/8 der Fälle eine Woche oder weniger, nur in einem Sechstel der Fälle überstieg sie einen Monat. Die Bewandigungsfrist war in 76 Prozent der Fälle auf weniger als 3 Jahre

bestimmt, in 24 Prozent auf 3 Jahre oder mehr. Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre haben 79,9 Prozent der Fälle einen günstigen Ausgang gehabt.

Die Wähler. Wie gemeldet wird, beschloß der eun- gellische Verband rheinisch-westfälischer Arbeitervereine in Essen die Abfassung einer Eingabe, in welcher der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß der preussische Landtag baldigst die Verengung von Stellen in einer den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter entsprechenden Form annehmen wird, demit endlich die dringende notwendige Beschäftigung der Bergarbeiterbevölkerung eintreten könne und eine weitere parteipolitische Ausnutzung des Streiks unmöglich werde. — Amen.

Ausland.

Von der Balkanhalbinsel. Einer Meldung aus Monastir zufolge hat vergangener Sonntag auf der Straße von Belleg nach Javor ein Kampf zwischen Truppen und einer bulgarischen Parade stattgefunden. Sieben Komitafisten wurden getötet und fünf gefangen genommen. Die Truppen erlitten angeblich keine Verluste. Die Bande ließ mehrere Bomben zurück. Vorgestern wurden in Monastir zwei Griechen erschossen. Infolge dessen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Post erhielt eine vertrauliche Mitteilung, daß im griechischen Generalkonsulat in Saloniki Waffen und Munition für griechische Banden versteckt seien. Erstliche Beschwerdeschritte sind in Athen zu erwarten.

Partei-Angelegenheiten.

Zu der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag über die Anfrage des Stadtverordneten, Genossen W. L. M., wegen der Ausführung von Kostlandsarbeiten verhandelt. Nebenher erlucht den Magistrat, für die 1200 Arbeitlosen noch schleunigst Kostlandsarbeiten in Auftrag zu nehmen. Stadtrat Meyer erwidert, in den Ausführungen W. L. M. sei viel Wahres enthalten, ein direkter Kostland sei es jedoch nicht. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Magistrats, zur Erweiterung des Papevillages am Bestbahnhof 15,000 Mark zu bewilligen, einstimmig angenommen, wodurch eine größere Anzahl Arbeitlosen beschäftigt werden kann.

Sozialdemokratischer Gemeindevorstand. In dem Dorfe Buchholz in Dithmarschen wurde in der 3. Klasse der Arbeiter Schnorr mit 36 von 43 abgegebenen Stimmen zum Gemeindevorstand gewählt. Damit hat die Sozialdemokratie 3 Sitze in der Gemeindevorstand, die höchste Zahl, die sie bei der Klassenwahl erreichen kann.

Arbeiterbewegung.

500 Tischler und Drechsler befinden sich in Magdeburg im Auslande. Zugang ist ferngehalten.

Bei den Wahlen zur Generalversammlung der Leipziger Ortskassen wurde die Liste des Gewerkschaftsrates ohne Gegenliste und mit ganz vereinzelt Streikungen gewählt. Die Wahlbeteiligung war erheblich höher als im Jahre 1902.

Der Ausfall am Simplon-Tunnel erreichte sein Ende. Die Arbeit ist Montag wieder aufgenommen worden.

Ein Arbeiter-Gesetz soll für Frankreich geschaffen werden. Es handelt sich nicht um neue Gesetze, sondern nur um die Zusammenstellung aller auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungen z. Eine Kommission, die mehrere Jahre mit dieser Arbeit beschäftigt war, hat nunmehr einen Codex, der in sieben Abteilungen folgender Materien enthält: 1. Den Arbeitsvertrag, 2. die Regelung der Arbeit, 3. berufliche Organisationen, 4. gewerbliche Rechtspflege, 5. Arbeiterversicherung, 6. soziale Fürsorge, 7. Armenpflege.

Lokales und Provinziales.

Breslau, 16. März 1905.

Dem Andenken an die Märztage von 1848

ist die öffentliche Volksversammlung gewidmet, die Montag, 20. März, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet. Die Versammlung soll zugleich eine würdige Sympathie-Kundgebung für die im Kampfe um die Freiheit 1848, 1871 und 1905 (in Russland) gefallenen Opfer bedeuten, weshalb wir die Genossen und Genossinnen ersuchen, eifrig in Freundes- und Bekanntenkreisen für massenhaften Besuch der Versammlung zu agitieren. Gerade der gewaltige Kampf des russischen Proletariats und der russischen Intelligenz sollte die Arbeiterschaft noch besonders veranlassen, die Revolution zu feiern!

Frauen und Männer Breslaus, erscheint deshalb gemeinsam und pünktlich zu dieser Demonstration!

*** Ländliche Wahlpraktiken.** Die Wahlprüfungen des Reichstags fördern immer neue Praktiken zu Tage, die meistens von den regierungsfreundlichen Wahlmännern unter Gesetzesverachtung bei den Wahlen 1903 ins Werk gesetzt wurden. Dieser Tage hatte die Wahlprüfungs-Kommission die Wahl im schlesischen Wahlkreise Bunzlau-Lüben zu prüfen. Dort brachten konservative Praktiken den konservativen Kandidaten mit wenigen Hundert Stimmen Vorsprung in die Stichwahl mit unserem Genossen Stolpe, der dann mit 7010 gegen 10,000 Stimmen unterlag. Bei der Hauptwahl stellten sich die Stimmzahlen wie folgt: Kern (kons.) 5971, Stolpe 5207, Doormann (freis.) 5233, Zentrum 47 Stimmen. Der freisinnige Wahlprotest enthält eine Reihe von Verstößen, von denen nur die wesentlichsten angeführt seien. In Mslau, wo der konservative Kandidat ein Rittergut besitzt, wurden seine Leute, das heißt die Arbeiter, nach dem Wahllokal beordert und mit Stimmzetteln für Kern versehen, die sie unter Aufsicht des Gutsinspektors im Wahllokal in das amtliche Wahlwert heften mußten. In Niederglaserdorf hatte die Wahlstelle ein Loch, durch das der Wahlvorsteher die Wähler beobachtet und gar kein Gehl daraus machte. Der Bürgermeister von Lüben leitete eine öffentliche Wähler-Versammlung und empfahl dabei selbst den konservativen Kandidaten. In Bunzlau wurden behufs Wahlschlepperei Auszüge aus der amtlichen Wählerliste gemacht. Amtsvorsteher verteilten konservativem Stimmzettel selbst oder ließen sie verteilen — so in Dödenburg und Ottendorf; in Wartenau verteilte solche der Gendarm. In Schwarzen lagen konservativem Stimmzettel bereits in den ausgeteilten amtlichen Kuverts, in Zietendorf lagen solche im Wahllokal aus und in Schellenfurt wurden sie offen im Wahllokal verteilt. Diese und noch andere Vorformnisse fand die Kommission für so erheblich, daß sie beschloß, darüber Erhebungen anzustellen. Der Minister beantragte, auf Grund seiner Berechnungen die Wahl zu annullieren, da

im Falle der Bestätigung jener Verträge nicht der sozialdemokratische, sondern der freisinnige Kandidat zur Stichwahl gelangt wäre. Da indessen einige Fälle mehr von der Kommission für erheblich erachtet worden sind, haben die Referenten die Berechnung zu erweitern — die endgültige Entscheidung wurde daher ausgesetzt.

*** Die Dividendenbeschlüsse maßregeln!** Bekanntlich fand Dienstag Abend eine Versammlung des Brauerverbandes statt, in der man sich eingehend mit den Zuständen in der Breslauer Aktien-Malzfabrik beschäftigte. Am anderen Morgen ließ der Malzmeister Peterfen, alle alten Arbeiter ins Kontor rufen, um auf sie einzuwirken, daß sie aus dem Verbands austreten. Peterfen meinte, es sei eine Schande für einen Malzmeister, organisierte Leute im Betriebe zu haben. Der Vorkarbeiter ist in Rücksicht auf seine große Familie dem Drucke gefolgt. An vier weiteren Arbeitern wurde „ein Exempel statuiert“, indem sie entlassen wurden. Es befand sich darunter ein Arbeiter, der dreiviertel Jahre zur vollen Zufriedenheit gearbeitet und dem man deshalb erst vor etwa 3 Wochen eine Lohnerhöhung gewährt hatte. Nun sollte er auf einmal nicht mehr genug leisten. In welcher sonderbarer Richtung sich übrigens die Gedanken des Malzmeisters bewegen, erhellt aus der Tatsache, daß er stets einen geladenen Revolver im Hute liegen hat. Die Arbeiter dürfen ihm nur in militärischer Haltung gegenüber treten und: „Nehmen Sie Ihre Knochen zusammen“, herrscht er denjenigen an, der nicht stramm genug steht. Wir haben gestern bereits die berechtigten Wünsche der Arbeiter wiedergegeben: zehnstündige Schichtdauer anstatt der vierzehnstündigen, 20 bis 25 Mark für ungelernete und 26 bis 30 Mark für gelernte Arbeiter pro Woche, sowie besondere Zahlung der sonntäglichen Doppelschicht mit vier Mark. Die Gesellschaft vermag diese Forderungen mit Beihilfe zu bewilligen, erzielt sie doch den höchsten Reingewinn von sämtlichen einundvierzig Aktien-Malzfabriken in Deutschland. Im Vorjahre betrug der Reingewinn 164,169 Mk. gegen 147,094 Mk. im Jahre 1903. An Dividenden wurden 22,250 Mk. gegenüber 19,714 Mk. verteilt. Die Dividende betrug 12 Prozent gegenüber 11,6 Prozent des Durchschnitts vom letzten Jahrzehnt. Außerdem erfolgten bedeutende Abschreibungen. Die Arbeiter aber müssen bei largem Lohn diese Summen aufbringen. Da sie sich nun ein wenig rühren, soll ihre Organisation gestört werden und in der Person des Malzmeisters findet sich ein Mann, der dies „löbliche“ Werk verrichten soll. Vielleicht verrecknet sich aber der Malzmeister und seine Auftraggeber. Denn wenn erst die allgemeine Arbeiterschaft die Sache zu ihrer eigenen macht, dürfte auch die Malzfabrik einige Risse zu knacken bekommen.

*** Das dünnste Flugblatt,** das uns je unter die Augen gekommen ist — und wir haben schon manches dumme Zeug gesehen — ist zweifellos ein Gekrönte von dem Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein herausgegebenes Pamphlet, welches sich mit unserm Artikel „Gewerkschaft oder Gewerksverein“ beschäftigt. Wir machen uns anheischig, jeden Augenblick ein Duzend freisinnige oder Hirsch-Dunder'sche Autoritäten aufzutreiben, die unser Urteil über diese Ausgeburt eines total unfähigen Kopfes unterschreiben. Es hieß unsere Leser beleidigen, wollten wir auf den Quatsch eingehen, nur eine Lüge sei hier festgenagelt. Das Flugblatt behauptet, der Crimmitschauer Sammlungsüberschuß im Verbandsverbandes gelassen und das sei ein großes Verbrechen. Dazu ist erstens zu vermerken, daß von diesen 300,000 Mk. im ganzen 225,000 Mark an gemäßigter Crimmitschauer Weber gezahlt worden sind, diese kleine Summe hat also der verehrte Flugblattschreiber hinzugezogen. Die restlichen 75,000 Mark sind in die Verbandskasse der Textilarbeiter geflossen, weil dies die nächste Stelle dazu und das korrekteste Verfahren war. Genau so würdend auch die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine machen, wenn sie Sammlungsüberschüsse haben, zum Beispiel im Ruhrrevier. Die einzige positive Behauptung des Flugblattes ist also Klemmerarbeit — nämlich Blech. Dazu kommt, daß das Flugblatt wieder in einer tarifuntreuen Firma angesetzt ist, also die fundamentalsten Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung verletzt. Wir bitten unsere Gewerkschaftler, das Blatt mit diesen Erläuterungen fleißig zu verbreiten, jeder Leser wird einsehen, daß solche Kapazitäten zur Wahrnehmung von Arbeiterinteressen geistig zu — invalide sind.

*** Das Breslauer Gewerkschaftskartell** hielt Mittwoch Abend eine Sitzung ab, die sich sehr interessant und bedeutungsvoll gestaltete. Namentlich die Lokalfrage (Kauf eines Gewerkschaftshauses) zeitigte lebhafteste Debatten und einen überaus wichtigen, wenn auch im Interesse der Sache bedauerlichen Beschluß.

Nachdem bekannt geworden war, daß künftig — die Vorsitzenden der Gewerkschaften regelmäßig erscheinen müssen, erhält jeder Delegierte eine Legitimationskarte, die allein zur Teilnahme an den Sitzungen berechtigt. Abdam hielt Neufirch einen orientierenden Vortrag über die ungeheueren Schäden des Posa- und Logiswesens, in welchem Redner vorschlägt, der in Berlin gebildeten Kommission zur Bekämpfung des Unwesens der Posa- und Logisabgabe beizutreten.

Noch immer hundert und tausende von Arbeitern unter diesem Zwange, dessen Bekämpfung eine unabwiesbare Notwendigkeit ist. Der Posa- und Logiszwang hindert die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Arbeiters und macht ihn unfähig, sich auszubilden. Der Zwang, hindert auch die Hebung der sozialen Lage des Arbeiters durch die fortwährende Abkürzung, unter der er steht, sei es nicht in der Lage, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Die meisten elenden Schlafstellen, die der Arbeiter oft mit unangenehmen Schlafgenossen teilen muß und der Mangel an Umanität mit Klassenfeinden den Drang zur Selbstbildung. Die Aufgabe, die sich die in Frage kommenden Gewerkschaften gestellt, das für die Arbeiter so schädliche System zu beseitigen, ist jedoch keine leichte, vor allem kommt es darauf an, daß in allen Gewerkschaften, nicht nur in den interessierten, die Gemeinheitspflicht des Systems geschildert wird und die Arbeiter die Notwendigkeit seiner Beseitigung erkennen. Es besteht in Breslau eine polizeiliche Schlafstellenverordnung, die das Mindestmaß von Raum, Licht und Luft für Schlafstellen vorschreibt und es müsse dafür gesorgt werden, daß die polizeilichen Vorschriften bei den Gewerkschaften, die Leute in Posa und Logis haben, durchgesetzt werden, was ja allerdings eine schwere Sache sei. Die Gewerkschaften haben aber die Pflicht, den leidenden Arbeitern die Hand zu bieten, um die katastrophalen Zustände mit Erfolg zu bekämpfen.

Nach sehr eingehender Debatte, die noch mehrere Uebelstände im Breslauer Posa- und Logiswesen erhellte, wurde eine Kommission von 11 Personen aus den in Betracht kommenden 11 Berufen (Schneider, Schmiede, Bäcker, Sattler, Schuhmacher, Tischler, Barbier, Landwirtsgehilfen, Gemeindevorsteher, Konditor, Handels- und Transportarbeiter) ernannt, die das nötige Material sammeln und für Breslau den ersten Kampf gegen das Unwesen anzunehmen hat. Die Kosten für die Kommission bringt das Kartell auf. Mehrere brachten vor, daß unter dem Logiszwang auch die städtischen Krankenwärter und Wärterinnen zu leiden hätten, auch diese befänden sich in Unfreiheit und unter immerwährender Aufsichtnahme.

Als Revisor wurde an Stelle des ausgeschiedenen Gastwirtsgehilfen Fiegert Brauer Heinrich gewählt.

Zum Punkt „Lokalfrage“ berichtet Peterhansel, daß die Lokalkommission beabsichtigt, den Gewerkschaften den Kauf eines eigenen Hauses zu empfehlen. Leider habe sie zu den Vorbereitungen nur die Vorsitzenden der Gewerkschaften, nicht aber das Kartell eingeladen. Der Vorstand des Kartells schlägt den Delegierten deshalb vor, folgender Resolution anzuschließen:

„Das Kartell protestiert dagegen, daß es von der Lokalkommission ignoriert wurde und erklärt, daß es die vom Vorsitzenden gewählte Kommission (Genossenschaft) als zu Recht bestehend nicht anerkennt.“

Albert erhebt, die Resolution abzulehnen, weil sie durch einen Beschluß der Vorsitzenden überholt und überflüssig geworden sei. Diese hätten inzwischen auf seinen Antrag hin beschlossen, die Entscheidung in die Hände des Kartells, der Vorstände und der Parteileitung zu legen.

Sobal, Mehrlein und andere Redner sind dagegen. Es entsteht eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf Albert folgende Vermittlungs-Resolution empfiehlt:

„Das Gewerkschaftskartell protestiert dagegen, daß es ignoriert worden ist. Es begründet jedoch den Beschluß, womöglich künftig die weitere Erledigung des Posa- und Logiswesens dem in erster Linie zuständigen Kartell zur Kenntnisnahme vorgelegt werden soll und zwar, daß bei dem Kartell die ihm zustehenden Rechte eingetümt werden.“

Fast sämtliche folgenden Redner stimmten dieser Resolution zu. Dann aber beantragten Sobal, Widera, Fünfschke und sieben andere Delegierte, die Abstimmung darüber nach der Stärke der Gewerkschaften (§ 11) vorzunehmen. Dagegen erhebt sich lebhafter Widerspruch; verschiedene Redner erklären, diese „Obstruktion“ nicht mitmachen zu wollen, bis sich schließlich herausstellt, daß diese Art der Abstimmung noch nicht möglich ist, da die letzte Abrechnung (§ 14) noch nicht vorliegt. Da trotz langer Debatte die Antragsteller auf ihrem Antrag bestehen bleiben, zieht Albert seine Resolution zurück und lehnt die Verantwortung dafür, wenn nun der viel schärfere Antrag des Vorstandes angenommen werden sollte, namens der Mitunterzeichner ab. Damit war der „Obstruktionsantrag“ hinfällig geworden und nun wurde gegen ca. 15 Stimmen die obige Resolution des Kartellvorstandes angenommen.

Neufirch gab hierauf noch einige Erläuterungen über Steuerfragen und ersuchte dringend, möglichst viele Arbeiter als Stadivorderordnetenwähler zu gewinnen.

Ein Antrag Alberts und 10 anderer Genossen, die von der Sammlung für die Vergarbeiter zurückbehaltenen 680 Mk. noch nachträglich abzusenden, wird nach kurzer Debatte abgelehnt, weil das Statut die Zurückbehaltung gestatte.

Es fehlten in der Sitzung Leberarbeiter Boris, Stinfater Walter, Vergolder Peter und Zimmerer Zimmer.

*** Die Ortskrankenkasse der Gerber, deutschen Schuhmacher und Lederfärber** beschloß in ihrer nunmehr stattgefundenen Generalversammlung, sich vom 1. April ab der gemeinsamen Krankenkasse anzuschließen. Ebenso erklärte sich die Generalversammlung für die seitens der Ortskrankenkassenverbandes angelegte Zentralisation resp. die Vereinigung aller Breslauer zu einer gemeinsamen Krankenkasse. Dem Jahresbericht entnehmen wir, daß der direkten Einnahme von 1411,24 Mk. eine Ausgabe von 3201,14 Mk. gegenübersteht. Wofür ergibt sich eine Unterbilanz von 1789,90 Mk. Das gesamte Kassenvermögen belief sich am Jahresabschluss auf 1352,68 Mk.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Die Bauarbeiter** veranstalteten am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung, auf die hierdurch hingewiesen wird.

*** Achtung! Tapezierer.** Der Obmann der Bezirksleitung des Verbandes, Pletsch, wohnt jetzt Breslau III, Sonnenstraße 1, ptr. Briefe, Zuschriften etc. sind dorthin zu richten.

Schweidnitz, 16. März. Textilarbeiter-Anspernung. Weil sie so frei waren, der Firma Rosenthal eine Forderung auf 15 Prozent Lohnerhöhung zu unterbreiten, erhielten sämtliche Naagelgesellen dieser christlich-humanen Firma ihre Kündigung, sodaß sie am 1. April ausgesperrt sind, wenn nicht die Firma es vorzieht, vorher der besseren Einsicht Raum zu geben. Vor Zugang von Textilarbeitern wird gewarnt!

Hirschberg, 15. März. Endlich ein Kaufmannsgericht — in Aussicht! Die hiesige Handelskammer, der Magistrat, der Verein Deutscher Kaufleute und die Ortsgruppen des Deutschen Handelsgehilfenverbandes zu Hamburg und des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig sind beim Kreisankerschuss vorstellig geworden, der Bitte, ein Kaufmannsgericht für den ganzen Kreis mit dem Sitz in Hirschberg und in enger Anlehnung an die bereits hier bestehende Kammer des Gewerbegerichts zu errichten, damit die erhebliche Zahl des außerhalb Hirschbergs in den größeren Ortschaften des Kreises — wie Schmiedeberg, Warmbrunn und die großen Sommerfrischen — beschäftigten kaufmännischen Personals von den Vorurteilen des Kaufmannsgerichts nicht ausgeschlossen werden und nicht Ungleichheiten in der Gerichtsbarkeit entstehen. Der Kreisankerschuss hat nun diesem Ersuchen entsprochen, und schlägt dem Kreisstage, der hier am 30. März tagen wird, vor, das Bedürfnis zur Errichtung eines Kaufmannsgerichts für den ganzen Kreis Hirschberg mit dem Sitz in Hirschberg in enger Anlehnung an die bereits hier bestehende Kammer des Gewerbegerichts anzuerkennen. — Der Vorlage ist der Entwurf zu einem Ortsstatut beigelegt. Das Ortsstatut soll erst am 1. April nächsten Jahres in Kraft treten!

Beuthen, 16. März. Der Räuber, Ein- und Ausbrecher Stronczel hatte sich vor den Schwurvorurteilern zu verantworten. Die Risse des Verbrechers blieben während der Verhandlung geschlossen, 4 Polizei- und 1 Gefängnisbeamter überwachten jede Bewegung. Die Anklage lautete auf Mordversuch in 2 Fällen. Stronczel war im April 1904 in Mordversuch als Strafgefangener von der Außenarbeit entlassen. Am 18. April erfuhr die Polizeibeamten Wilczek und Much, daß Stronczel und sein Genosse Widera (bereits am 1. Dezember vom Schwurgericht abgeurteilt) sich in dem Döblichschen Schanklokal befanden, fanden aber bei ihrem Eintritt die Geschützen nicht mehr vor, diese fanden vielmehr hinter einem Baum. Die beiden Verbrecher, die in der Dunkelheit nicht erkannt wurden, gaben falsche Namen an. Im nächsten Augenblick feuerte Widera einen Schuß ab, im Aufblitzen des Schusses wurde Stronczel erkannt, Wilczek stürzte sich sofort auf ihn. Inzwischen holte Widera eine Zornlatte und schlug auf den Beamten ein, der loslassen mußte. Auf der Flucht schoß Stronczel auf Wilczek. Auch die Beamten griffen zu ihren Revolvern. Es wurden mehrere Schüsse gewechselt. Obwohl Stronczel von zwei Kugeln getroffen war, gelang es beiden

Verbrechern, in der Dunkelheit entkommen. Erst am 6. Januar gelang es, den Verbrecher nach einem vergeblichen Kampfe zu fassen. Hierbei feuerte Stronczel mehrere Schüsse auf den Beamten ab. Die Geschworenen sprachen Stronczel des Mordversuchs in 2 Fällen schuldig. Der Angeklagte wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus um zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Königsbrunn, 15. März. Obereschlesische Polizeisten. Bürgerliche Blätter regen sich wieder einmal über einen Polizeistatist auf, der sich bei dem Vergütigen der Feuerwehr in Bognitz, „rentiert“, „dübelhaft“, „als Stellvertreter Gottes“ bezeichnet haben soll. Die Blätter sind empört darüber, daß dieses Vergütigen, das von Lehrern, Steigern etc. befehrt war, auf Befehl des Kommissars aberbracht war — gerade als sei es ein „gewöhnliches“ Arbeiter-Vergütigen! Und, ganz wie er es bei den Arbeitern macht, beirat dann der Ueberwachende, Amts-Sergeant Bognitz den Saal, um dort, wie er es bei Arbeitern üblicherweise muß, nach „Ordnung“ zu sehen. Auch das empört die Blätter, die niemals etwas begehren haben, wenn Arbeiter belästigt werden und veranlaßt sie zu folgenden Feststellungen:

Der Polizeistatist benahm sich dort sehr auffällig. Er kniepte und unterhielt sich — auf polnisch. Waren die Feuerwehrleute schon an sich darüber ungehalten, daß der Polizeistatist bei ihnen ungerufen sich aufhielt, erst recht waren sie es, weil er in einer deutschen Gesellschaft ostentativ polnisch sprach. Als der Vorstandsmittgliedern der Spatz zu bunt wurde, wies sie den Bognitz an, er möge gefälligst den Helm vom Kopf nehmen, falls er nicht hinausgeworfen werden wolle. Bognitz, der ebendem einfacher Arbeiter gewesen war, wurde jetzt ärgerlich. Antizipiert, wie er war, erklärte er wie ein kleiner, rechter Dorfstrauß: hier habe er allein zu gebieten, niemand könne ihm etwas befehlen. Kurz und gut, das herausfordernde Benehmen des Bognitz bei den Vereinsmitgliedern unliebsames Aufsehen. Hinterdrein zeigte er die Angehörigen des Vorstandes wegen der obigen Worte auf Beleidigung an. Vor dem Schöffengericht hatte sich einer der Herren gesteuert zu verantworten. Auch vom Gerichtspräsidenten bekam Bognitz gerade die schmeichelhaftesten Worte zu hören, während der Angeklagte, wiewohl er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hatte, nur zu 5 Wk. Gefängnis verurteilt wurde.

Das Verhalten des Ordnungshüters ist ja gewiß nicht zu entschuldigen. Aber wenn die Blätter dazu erregt ausrufen:

„Und will es wunderbar erscheinen, daß man zu einer harmlosen Veranlassung einer Feuerwehr, die von Männern mit ausgeprägtem vaterländischen Gefühl und einwandfreiem Vorleben geführt wird, einen Polizeileutnant zum Ueberwachung sendet, überdies einen Beamten, der durch sein taktloses Verhalten und sein polnisches Geschnack die braven Feuerwehrmänner provozieret.“

so kommt uns diese Entzückung etwas sehr parteiisch vor. Arbeiter-Veranstaltungen haben in Oberschlesien viel schlimmeres zu erdulden und uns ist kein Fall bekannt, in dem diese Blätter Arbeiter gegen Polizeisten verteidigt hätten!

Königsbrunn, 15. März. Die Hausgrazier befinden sich wieder einmal in der Opposition gegenüber dem Magistrat. Nach einer Vorlage des Beschlusses an die Stadivorderordneten sollte der Wasserzins von Hauswasserleitungen von 15 auf 18 Pf. pro Kubikmeter erhöht werden. Die Vorlage wurde dem armen Magistrat jedoch falläuslich wieder zurückgegeben. Natürlich! Wenn Geldbeutel hört der Lokalpatriotismus an.

Kattowitz, 16. März. Mord. In dem nahegelegenen Bamodzie wurde vorletzige Nacht ein Verbrechen verübt, dem der seit Oktober dort ansässige Inhaber eines Kaufmannsladens, Johann Sobajewski, früher in Laurahütte, zum Opfer fiel. Als früh der Laden nicht geöffnet wurde, drang man in die geschlossene Wohnung ein. Den S. fand man im Entree am Leittischstocher erhängt vor. Alle Umstände deuten darauf hin, daß S. zuerst betäubt und dann aufgehängt worden ist. Die Fenster waren zertrümmert. Das Fensterbrett und einige Risten wiesen Fußspuren auf; auch Blutspuren wurden entdeckt. Der Tat verdächtig sind, nach der „Breslauer Morgenzeitung“, die Frau des S. und deren Liebhaber, ein Fleischer Bulla aus Laurahütte, welche in Laurahütte verhaftet wurden. Die S. unterhielt mit dem Bulla seit Jahren ein Liebesverhältnis. Ihren Gatten, der als ein pflichtgetreuer ruhiger Mann geschätzt wurde, verließ sie wiederholt, zuletzt vor einigen Tagen. Oft kam es zu Streitigkeiten zwischen ihnen, die zu Tötlichkeiten führten. Den S. hat der Liebhaber der Frau, der arbeitslos ist, vor einigen Tagen mit Totschlag bedroht.

— Aufklärung in der 10,000 Mark-Affäre. In der 10,000 Mark-Affäre hat der verhaftete Kassendiener Drosch, laut „R. Z.“, eingeräumt, daß er die 10,000 Mark in der Berginspektion gestohlen habe. In der Angelegenheit erfolgte gestern die Verhaftung der Wirtschaftlerin des Wälers Baronka.

— Die Genickstarre. Im Stadt- und Landkreise Kattowitz waren seit dem ersten Auftreten von Genickstarre, der am 10. Januar zur amtlichen Anzeige gebracht wurde, bis zum letzten Sonnabend, insgesamt 117 Fälle amtlich zu verzeichnen. 61 Fälle nahmen einen tödlichen Ausgang an. In ganz Oberschlesien sind bisher gegen 350 Fälle gemeldet worden.

Aus der Provinz Posen.

Des Grafen Ende. Erschossen hatte sich am Dienstag früh auf seiner Etage in der Kaserne der Leutnant Rath vom Infanterie-Regiment Nr. 14. N., der im 20. Lebensjahre stand, ist ein Sohn eines Oberleutnants vom Eisenbahn-Regiment in Berlin. Was den jungen Herrn zu der Tat veranlaßt hat, ist noch unbekannt.

Neueste Nachrichten.

43,000 gefangene Russen.

Die japanische Regierung stellt Quartier für 43,000 in der Schlacht bei Mukden gefangene Russen her. Sie sollen auf verschiedene Garnisonsstädte Japans verteilt werden. Im ganzen sollen zwanzig Städte Gefangene aufnehmen.

2 Millionen Mark Entschädigung.

Der englische Botschafter überreichte der russischen Regierung eine Note, in der England den Betrag von 100,000 Pfund Sterling als Entschädigung für die Zerstörung des englischen Dampfers „Knight Commander“ verlangt, den die Russen in den Gewässern im fernem Osten aufgebracht und versenkt haben. Die Note erklärt, die Russen hätten sich, indem sie das Schiff zum Sinken brachten, einer Handlung schuldig gemacht, die im Völkerrecht bisher einzig dastünde und zu der sie keineswegs berechtigt gewesen seien. Die Forderung ist, wie der Korrespondent des „Daily Chronicle“ hervorhebt, gänzlich unabhängig von der Schadenersatzforderung, welche der Eigentümer des Schiffes bei der russischen Regierung angestrengt habe. Er habe gefordert, der englische Botschafter sei von der Regierung beauftragt worden, die Forderung Englands mit größtem Nachdruck zu stellen. Die russische Regierung habe den Vorschlag gemacht, die Angelegenheit durch ein Schiedsgericht erledigen zu lassen.

Beauftragte Dreiklassenwahl.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses beauftragte die Wahlen der drei Abgeordneten für die Wahlkreise Verford, Halle und Bielefeld, Rudorf (konf.), Meyer (konf.) und von Bodelschwingh (fraktionslos) und beschloß Beweis-erhebungen.

**Meteorologische Beobachtungen
der Königl. Universitäts-Sternwarte.**

	Nachm. 9 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
16. u. 16. März			
Luftwärme (C.)	+10,4	+ 6,5	+ 8,3
Luftdruck bei 0° (mm)	745,1	745,7	742,5
Quecksilber (mm)	6,2	6,4	6,6
Luftfeuchtigkeit (pCt.)	68	88	97
Wind (0-12)	NW	SO 2	SO 8
Wetter	bewölkt.	better.	bedeckt.

Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. III. Schneider Ernst Anders, ev., Kopischstraße 59, mit Selma Konrad, evang., Kohlenstraße 6. — Arbeiter Gustav Kusche, evang., Koulinsstraße Nr. 3, mit Marika Schumann, evang., ebendort. — Restaurateur Paul Schenk, ev., Mattheistraße 165/167, mit Anna Wittner, kath., ebendort. — Kranenwäcker Paul Werber, evang., Elbingstraße 30, mit Auguste Deisch, evang., Labisch. — Tischlermeister Oskar Speer, evang., Birgitzstraße 57, mit Marika Stephan, geb. Wender, ev., Mattheistraße 172. — Mutter Paul Koss, evang., Weisenburgerstraße 1, mit Marika Pils, evang., Elbingstraße 20. — Müller Gustav Braun, kath., Poln.-Neuborf, mit Emilie Ernst, kath., Vincenzstraße 12. — Mutter Emil Redtschke, freirelig., Weisenburgerstraße 13, mit Olga Wisk, evang., ebendort. — Tischler Heinrich Kubl, kath., Fischerstraße 72, mit Vertha Zimmerling, evang., ebendort. — Barbier Rudolf Wagner, kath., Waterloostraße 16, mit Marie Werner, kath., Waterloostraße 24. — Schneider Paul Stibale, kath., Wülfersstraße Nr. 18, mit Marika Ullrich, kath., Sternstraße Nr. 69. — Tischler Alfred Prechtel, kath., Friedrichstraße 44, mit Maria Schelens, kath., Vincenzstraße 33. — Kunst-Maler Willibald Werner, evang., Tiergartenstraße 47, mit Margarete Mann, evang., Löwensteinstraße 46. — IV. Schneidermeister Paul Reumann, evang.-ref., Nikolaistraße Nr. 22, mit Elisabeth Händel, evang., Reichstraße 20. — Glaser Adolf Schröter, evang., Viktoriastraße 5, mit Vertha Schindl, kath., Augustastrasse 54.

Geburten. I. Arbeiter Hermann Hilbig, evang., S. — Schneidermeister Julius Stähler, evang., S. — Arbeiter Paul Güntler, kath., S. — Metzger Paul Bau, evang., S. — Pfefferkuchler Fritz Krause, evang., S. — Hausbinder Bruno Fischer, evang., S. — Polymarenhändler Simon Stank, kath., S. — Arbeiter Simon Wundschal, kath., S. — Arbeiter Hermann Schirwahn, evang., S. — Wagenführer Hermann Schmidt, kath., S. — Arbeiter Karl Wörbe, evang., S. — Klempner Fritz Schlott, kath., S. — Kranführer Heinrich Koch, evang., S. — Urmacher Maximilian Frenzel, kath., S. — Schmid Adolf Kuchner, evang., S. — Maschinenmeister Hermann Klump, alkath., S. — Arbeiter Karl Fröhlich, evang., S. — Drechsler Emil Fischer, evang., S. — Kaufmann Franz Gröschel, kath., S. — Arbeiter Franz Weiss, kath., S. — Schuhmacher Johann Pils, kath., S. — Arbeiter Josef Grottel, kath., S. — Klempner Wilhelm Kleinert, kath., S. — Tischler Friedrich Jakob, evang., S. — Restaurateur August Köster, kath., S. — III. Rutscher Hermann Kühner, evang., S. — Arbeiter Gerlich Witschel, evang., S. — Schuhmachermeister Josef Richter, kath., S. — Arbeiter Hermann Wisk, kath., S. — Zimmermann Hermann Günther, evang., S. — Müller Adolf Hammer, kath., S. — Buchbinder Karl Schröter, evang., S. — Buchbinder Alfred Viskay, kath., S. — Arbeiter Paul Kroll, evang., S. — Schneider Alois Rosenberger, kath., S. — Schneidermeister Theodor Hoffmann, evang., S. — Arbeiter Karl Winkler, evang., S. — Hausbinder Robert Walter, kath., S. — Feuerwerker Fritz Friedrich, evang., J. u. T. — Restaurateur

August Urban, kath., S. — Bäcker Fritz Günther, evang., T. — Lagerhalter Robert Sejmowski, kath., T. — Tischler Karl Seitz, evang., T. — Tischler Stanislaus Walczak, kath., T. — Schiffer Robert Ankeimann, kath., S. — Arbeiter Paul Bödel, evang., T. — Feuerwehmann Josef Hoffmann, kath., J. u. T. — Postsekretär Guido Seiliger, evang.-kath., T. — Arbeiter Georg Schiffer, evang., T. — Klempner Max Fille, evang., S. — Oberleutnant Hans Danner, kath., S. — Arbeiter Georg Schult, kath., S. — Bäcker Alfred Vogel, evang., S. — Schlosser Reinhold Lorenz, kath., S. — Postkassier Wilhelm Genrich, evang., T. — Buchhalter Friedrich Ulls, evang., T. — Schmied Johann Basker, kath., S. — IV. Bauarbeiter Karl Sawinski, evang., S. — Rutscher August Weismann, evang., T. — Müller Martin Mentner, kath., S. — Güterbodenarbeiter Wilhelm Strauß, evang., S. — Fabrikarbeiter Gustav Kaprad, evang., S. — Arbeiter Hermann Buchwald, evang., T. — Schneider August Ulrich, kath., S. — Maurer Paul Porzag, kath., T. — Kaufmann Paul Günther, evang., S. — Eisenbohrer Ewald Tilgner, evang., S. — Kaufmann Jakob Perle, evang., T. — Arbeiter Josef Wolf, kath., S. — Schlosser Hermann Jollie, evang., S. — Rutscher Max Hoffmann, evang., S. — Kaufmann Konrad Ebelstein, jüd., T. — Reisender Josef Kobl, kath., S. — Schuhmacher Reinhold Ringel, evang., S. — Schmied August Baule, kath., S. — Rutscher Franz Pohl, kath., T. — Schlosser Friedrich Wäfel, evang., T. — Bankbeamter Wilhelm Pfeffer, evang., S. — Schneider Heinrich Schubert, evang., S. — Wäldermeister August Witsche, kath., T. — Fleischer Hermann Hohe, evang., T. — Kaufmann Wilhelm Freuch, jüd., T. — Restaurateur Robert Linke, evang., S. — Schneidermeister August Sviller, kath., S. — Fabrikarbeiter Bruno Witschke, evang., S. — Hausbinder Wilhelm Szymol, kath., S. — Begleitmann Ernst Vogt, evang., S. — Hausbinder Reinhold Thersich, evang., T. — Rutscher Wilhelm Dabin, evang., S.

Veranstaltungen und Vereine.
Breslau.
Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 16. März:
Maler-Zimmer Nr. 2.
Tapezierer-Verband. Mitglieder-Verammlung, Wichtige Tagesordnung. Zimmer Nr. 3 und 4.
Sonntag, den 18. März:
Töpfer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Verammlung. Zimmer Nr. 2.
Sonntag, den 19. März:
Ordnungskasse für Töpfer und Ofenbauer. Nachm. 4 Uhr: General-Verammlung. Zimmer Nr. 3.
Arbeiter-Sänger-Bund (Tischgilde Breslau). Nachmittags 3 Uhr: General-Verammlung. Zum Tanzränzchen von 6 Uhr ab sind auch Gäste willkommen.
Montag, den 20. März:
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Verammlung. Zimmer Nr. 1.
Mittwoch, den 22. März:
Ordnungskasse der Gutmacher. Abends 8 Uhr: Ordentliche General-Verammlung. Zimmer Nr. 2.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).
Donnerstag, den 16. März: Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter im Distriktslokal Gräbischer Vorstadt. Wollständiges Erscheinen notwendig.
Der Distriktsführer.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).
Bezirke 13 u. 16. Donnerstag, den 16. März: Rosenabend. Zahlreiches Erscheinen wünschenswert.
Bezirke 17. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokal. Wegen einer wichtigen Angelegenheit werden die Genossen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Bezirke 19. Dienstag, den 21. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.
Distrikt III (Obervorstadt).
Bezirke 22. Sonntag, den 18. März; Zahlabend im Distriktslokal.
Distrikt V (Scheitling).
Sonntag, den 19. März: Volkswachtag. Tourenausgabe Sonntag im Distriktslokal. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Distriktsführer.
Distrikt VI (Teil: Ohlauer Tor).
Bezirke 74 u. 75. Sonntag, den 18. März: Zusammenkunft im bekannten Lokal, Köhliggasse. Wahl von Bezirksführern und Stellvertretern. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.
Der Distriktsführer.
Distrikt X (Höbelsdorf).
Bezirke 24. Freitag, den 17. März: Besprechung. Der Wichtigkeit halber müssen alle Mitglieder erscheinen.
Der Bezirksführer.

Gräbichen. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Jeden Sonntagabend Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.
Schweidnitz. Märzfeier Sonntag, den 18. März, im Festgartenlokal, bestehend in musikalischer Unterhaltung, Gesang, Theater, humoristischen Vorträgen und Vortrag des Genossen S. Stolbe-Altwasser über „Der 18. März“.
Striegau. Sonntag, den 18. März, Abends 8 Uhr: Öffentliche Volksversammlung in der Bierhalle. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Feldmann über den Posttarif und seine Einwirkung auf die konsumierende Masse. 2. Welche Stellung hat der Abgeordnete Reichhofen bei der Beratung der Handelsverträge eingenommen. 3. Freie Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Einberufer.
Groß-Rosen. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Freiweg“. Sonntag, den 18. März, Abends 8 Uhr: Versammlung in Jung's Gasthof. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder nötig. Der Vorstand.
Hirschberg. Zentralverband der Töpfer. Sonntag, den 18. März; Wintervergütungen in der „Andreaschenke“ zu Tannersdorf. Anfang 8 1/2 Uhr.
Bunzlau. Organisierte Schuhmacher. Sonntag, den 18. März, im Saale zu den „Drei Kronen“: Eislauf-Fest. Von dem reichhaltigen Programm wollen wir nur des Theaterstückes Erwähnung tun; dasselbe ist von Genossen Ritsche verfasst und von den Darstellern fleißig eingeübt worden.
Krauschen-Lohwitz. Filiale des Wahlvereins Bunzlauer-Küben. Sonntag, den 18. März, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung bei Herrn May in Lohwitz. Zu derselben wird Genosse Kowatsch-Bunzlau einen Vortrag halten über das Thema: „Die verschiedenen Anschauungen über Weltordnung“. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.
Bromberg. Versammlungslokal: Kopke, Thormerstr. 31. Volksversammlung am Sonntag, den 18. März, Abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: „Die März-Revolution.“

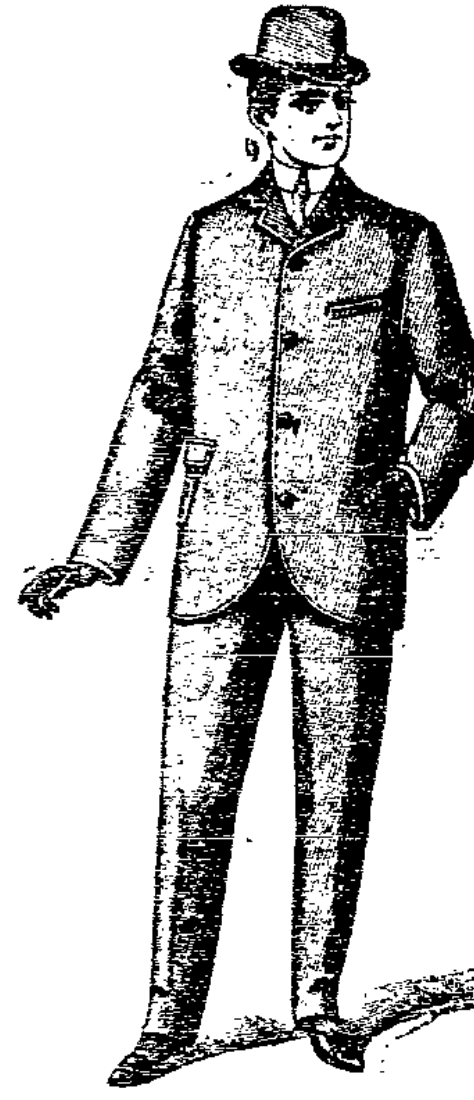
Stadt-Theater.
Donnerstag: „Vossmanns Erzählungen.“
Freitag: „Der Ring des Nibelungen.“
„Eiegried.“
Lobe-Theater.
Donnerstag: „Das Weibchen.“
Freitag: „Die Weber.“
Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Donnerstag: „Die Hühner.“
Freitag: „Die Hühner.“
Thalia-Theater.
Gastspiel Charlotte Wiche

Rock- und Tailenarbeiterinnen
loset gesucht 346
Prager Neue
Schweidnitzerstr. 11.
Zigarren eigenes Fabrikat
Zigaretten in großer Auswahl
Kauch- und Kautabak
bei 543
Hermann Berner,
Mühlgasse 30.

Schneider
Zaffos, Westen, Hosen, Knaben-
anzüge f. Stark, Wallstr. 17a.
Strohüte
elegant — billigst
Gediegene Herrenstoffe.
Heinrich Glücksmann,
Goldene Radegasse 26. 532

„Wratislavia“, Baugesellschaft f Arbeiter-Wohnungen, E. G. m. b. H.
Sindurch haben wir bekannt, daß in unseren neuerbauten
Wohnhäusern, Berliner Chaussee 169 und Bahnhofsstraße 4,
eine Wohnung von monatlich 19 Mk. an zu vermieten ist.
— Die Wohnung ist außerdem mit eingerichteten Möbeln mit oder
ohne Küche, passend für Restaurateur, Metzger oder Wirt-
schafter von neuer Stellung und Bepanzerung auch Vor-
sicht- oder Mithandlung, bald billig zu vermieten. — Zur Zeit
werden eine Menge Wohnungen in nächster Nähe aufgeführt.
— Ferner sind in dem Grundstück Hildebrandtstraße 26 noch
einige Wohnungen frei.
Der Vorstand. 544

Premier- u. Solid-Fahrräder
elegant, leichtlaufend.
Nähmaschinen,
Erstem Stages.
Staubend billige Preise, Teilzahlung gestattet.
= Ratlos gratis. = 379
RICHARD KÜHN,
BRESLAU, Taunzienstr. 53. Filiale: Rosenthalerstr. 1a.
Telephon 2050.



**Konfirmations-
Anzüge**
in Kammgarn, Satin, Cheviot etc.,
schwarz oder blau,
in bekannt bester Ausführung,
10,50, 12,—, 15,—, 18,—,
20,—, 22,—, 25,— und höher.
S. Guttentag,
Etablissement eleganter Garderoben
für Herren, junge Herren u. Knaben.
Altbückerstraße Nr. 5, I. Etage
Ecke Ohlauerstrasse.

Zirkus Busch.
Donnerstag, d. 16. März 1905.
Abends 7 1/2 Uhr:
Süd-West-Afrika.
Grosses
Pracht-Manege-Schaustück.
Exotisches Monstre-Tableau.
Zirkus Busch, d. 12. Februar
3. und 4. Vorstellung.
Halle, Dr. Goldstein.
Der Burghardt-Geist,
Der Ernst Schumann
mit seinen 5 Fuchshunden
Nisters Amalia und Leonora.
Grosse
Pracht-Vorstellung
Halle mit Sol-Jaria-Fahrräder
zu Wasch Teilzahlung.
Anfang 8, 30, 50 u.
10, 15, 20 u. 25 Uhr.
Fahrräder von
64 Mk. an, 2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100-101-102-103-104-105-106-107-108-109-110-111-112-113-114-115-116-117-118-119-120-121-122-123-124-125-126-127-128-129-130-131-132-133-134-135-136-137-138-139-140-141-142-143-144-145-146-147-148-149-150-151-152-153-154-155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-510-511-512-513-514-515-516-517-518-519-520-521-522-523-524-525-526-527-528-529-530-531-532-533-534-535-536-537-538-539-540-541-542-543-544-545-546-547-548-549-550-551-552-553-554-555-556-557-558-559-560-561-562-563-564-565-566-567-568-569-570-571-572-573-574-575-576-577-578-579-580-581-582-583-584-585-586-587-588-589-590-591-592-593-594-595-596-597-598-599-600-601-602-603-604-605-606-607-608-609-610-611-612-613-614-615-616-617-618-619-620-621-622-623-624-625-626-627-628-629-630-631-632-633-634-635-636-637-638-639-640-641-642-643-644-645-646-647-648-649-650-651-652-653-654-655-656-657-658-659-660-661-662-663-664-665-666-667-668-669-670-671-672-673-674-675-676-677-678-679-680-681-682-683-684-685-686-687-688-689-690-691-692-693-694-695-696-697-698-699-700-701-702-703-704-705-706-707-708-709-710-711-712-713-714-715-716-717-718-719-720-721-722-723-724-725-726-727-728-729-730-731-732-733-734-735-736-737-738-739-740-741-742-743-744-745-746-747-748-749-750-751-752-753-754-755-756-757-758-759-760-761-762-763-764-765-766-767-768-769-770-771-772-773-774-775-776-777-778-779-780-781-782-783-784-785-786-787-788-789-790-791-792-793-794-795-796-797-798-799-800-801-802-803-804-805-806-807-808-809-810-811-812-813-814-815-816-817-818-819-820-821-822-823-824-825-826-827-828-829-830-831-832-833-834-835-836-837-838-839-840-841-842-843-844-845-846-847-848-849-850-851-852-853-854-855-856-857-858-859-860-861-862-863-864-865-866-867-868-869-870-871-872-873-874-875-876-877-878-879-880-881-882-883-884-885-886-887-888-889-890-891-892-893-894-895-896-897-898-899-900-901-902-903-904-905-906-907-908-909-910-911-912-913-914-915-916-917-918-919-920-921-922-923-924-925-926-927-928-929-930-931-932-933-934-935-936-937-938-939-940-941-942-943-944-945-946-947-948-949-950-951-952-953-954-955-956-957-958-959-960-961-962-963-964-965-966-967-968-969-970-971-972-973-974-975-976-977-978-979-980-981-982-983-984-985-986-987-988-989-990-991-992-993-994-995-996-997-998-999-1000-1001-1002-1003-1004-1005-1006-1007-1008-1009-1010-1011-1012-1013-1014-1015-1016-1017-1018-1019-1020-1021-1022-1023-1024-1025-1026-1027-1028-1029-1030-1031-1032-1033-1034-1035-1036-1037-1038-1039-1040-1041-1042-1043-1044-1045-1046-1047-1048-1049-1050-1051-1052-1053-1054-1055-1056-1057-1058-1059-1060-1061-1062-1063-1064-1065-1066-1067-1068-1069-1070-1071-1072-1073-1074-1075-1076-1077-1078-1079-1080-1081-1082-1083-1084-1085-1086-1087-1088-1089-1090-1091-1092-1093-1094-1095-1096-1097-1098-1099-1100-1101-1102-1103-1104-1105-1106-1107-1108-1109-1110-1111-1112-1113-1114-1115-1116-1117-1118-1119-1120-1121-1122-1123-1124-1125-1126-1127-1128-1129-1130-1131-1132-1133-1134-1135-1136-1137-1138-1139-1140-1141-1142-1143-1144-1145-1146-1147-1148-1149-1150-1151-1152-1153-1154-1155-1156-1157-1158-1159-1160-1161-1162-1163-1164-1165-1166-1167-1168-1169-1170-1171-1172-1173-1174-1175-1176-1177-1178-1179-1180-1181-1182-1183-1184-1185-1186-1187-1188-1189-1190-1191-1192-1193-1194-1195-1196-1197-1198-1199-1200-1201-1202-1203-1204-1205-1206-1207-1208-1209-1210-1211-1212-1213-1214-1215-1216-1217-1218-1219-1220-1221-1222-1223-1224-1225-1226-1227-1228-1229-1230-1231-1232-1233-1234-1235-1236-1237-1238-1239-1240-1241-1242-1243-1244-1245-1246-1247-1248-1249-1250-1251-1252-1253-1254-1255-1256-1257-1258-1259-1260-1261-1262-1263-1264-1265-1266-1267-1268-1269-1270-1271-1272-1273-1274-1275-1276-1277-1278-1279-1280-1281-1282-1283-1284-1285-1286-1287-1288-1289-1290-1291-1292-1293-1294-1295-1296-1297-1298-1299-1300-1301-1302-1303-1304-1305-1306-1307-1308-1309-1310-1311-1312-1313-1314-1315-1316-1317-1318-1319-1320-1321-1322-1323-1324-1325-1326-1327-1328-1329-1330-1331-1332-1333-1334-1335-1336-1337-1338-1339-1340-1341-1342-1343-1344-1345-1346-1347-1348-1349-1350-1351-1352-1353-1354-1355-1356-1357-1358-1359-1360-1361-1362-1363-1364-1365-1366-1367-1368-1369-1370-1371-1372-1373-1374-1375-1376-1377-1378-1379-1380-1381-1382-1383-1384-1385-1386-1387-1388-1389-1390-1391-1392-1393-1394-1395-1396-1397-1398-1399-1400-1401-1402-1403-1404-1405-1406-1407-1408-1409-1410-1411-1412-1413-1414-1415-1416-1417-1418-1419-1420-1421-1422-1423-1424-1425-1426-1427-1428-1429-1430-1431-1432-1433-1434-1435-1436-1437-1438-1439-1440-1441-1442-1443-1444-1445-1446-1447-1448-1449-1450-1451-1452-1453-1454-1455-1456-1457-1458-1459-1460-1461-1462-1463-1464-1465-1466-1467-1468-1469-1470-1471-1472-1473-1474-1475-1476-1477-1478-1479-1480-1481-1482-1483-1484-1485-1486-1487-1488-1489-1490-1491-1492-1493-1494-1495-1496-1497-1498-1499-1500-1501-1502-1503-1504-1505-1506-1507-1508-1509-1510-1511-1512-1513-1514-1515-1516-1517-1518-1519-1520-1521-1522-1523-1524-1525-1526-1527-1528-1529-1530-1531-1532-1533-1534-1535-1536-1537-1538-1539-1540-1541-1542-1543-1544-1545-1546-1547-1548-1549-1550-1551-1552-1553-1554-1555-1556-1557-1558-1559-1560-1561-1562-1563-1564-1565-1566-1567-1568-1569-1570-1571-1572-1573-1574-1575-1576-1577-1578-1579-1580-1581-1582-1583-1584-1585-1586-1587-1588-1589-1590-1591-1592-1593-1594-1595-1596-1597-1598-1599-1600-1601-1602-1603-1604-1605-1606-1607-1608-1609-1610-1611-1612-1613-1614-1615-1616-1617-1618-1619-1620-1621-1622-1623-1624-1625-1626-1627-1628-1629-1630-1631-1632-1633-1634-1635-1636-1637-1638-1639-1640-1641-1642-1643-1644-1645-1646-1647-1648-1649-1650-1651-1652-1653-1654-1655-1656-1657-1658-1659-1660-1661-1662-1663-1664-1665-1666-1667-1668-1669-1670-1671-1672-1673-1674-1675-1676-1677-1678-1679-1680-1681-1682-1683-1684-1685-1686-1687-1688-1689-1690-1691-1692-1693-1694-1695-1696-1697-1698-1699-1700-1701-

Deutscher Reichstag.

164. Sitzung vom Mittwoch, den 15. März, 1 Uhr Nachmittags.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Richthofen, Nierberding. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichskanzleretats.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor: I. vom Zentrum: 1. eine Resolution auf eine Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat; 2. eine Resolution betr. Vorlegung einer tabellarischen Uebersicht der Bundesratsentscheidungen zu den Reichstagsbeschlüssen inkl. Initiativanträgen und Resolutionen; II. von den Sozialdemokraten: 1. eine Resolution betr. eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers; 2. eine Resolution auf sofortige Kündigung des preussischen und bayerischen Auslieferungungsvertrages mit Russland; 3. auf reichsgesetzliche Aufhebung der landesgesetzlichen politischen Aufenthaltbeschränkungen und auf Erleichterung der Erwerbung der Staatsangehörigkeit durch Angehörige eines Bundesstaates; 4. auf Sicherung der Aufenthaltverhältnisse der Ausländer im deutschen Reich; III. von den Polen: eine Resolution betr. den letzterwähnten Gegenstand.

Abgeordneter Dr. Spahn (Zentrum)

bekundete die Zentrumsresolution auf Anerkennung Elsaß-Lothringens als Bundesmitglied und Vertretung desselben im Bundesrat. Die Elsaß-Lothringer betrachten ihre Nichtvertretung beim Bundesrat als Mißtrauensvotum. Die von Reichskanzler diese Frage in dringende Erwägung zu ziehen. (Beifall im Zentrum und links.)

Reichskanzler Graf Bülow

erkennt die Positivität der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung an. Die Vertretung des Reichslandes im Bundesrat ist aber außerordentlich schwierig, da man die Wahl der Bundesbevollmächtigten weder dem Landesauschuss noch dem Kaiser übertragen kann, denn im letzteren Falle würde eine unbillige Vermehrung der preussischen Bundesratsmitglieder die Folge sein. Näheres Eingehen auf die Ausführung des Dr. Spahn ist nicht möglich, bevor nicht alle einschlägigen Fragen im Bundesrat durchgearbeitet sind.

Abg. v. Vollmar (Sozialdemokrat)

frant den Reichskanzler nach seiner Stellung zu der Auslieferung deutscher Handelschiffe für Zwecke der russischen Kriegsmarine. Die Auslieferungsvorläufe zwischen Preußen und Russland und Bayern und Russland schloßen allen bisherigen bürgerlichen Grundgesetzen ins Gesicht. (Sehr wahr! links.) Sogar die wörtliche Verleumdung des Reichs wird den gemeinen Verbrechen gleichgestellt und läßt eine Auslieferung zu. (Hört, hört! bei den Sozial.) Der Reichskanzler wird es nicht wagen, wie 1885 der Minister v. Trautskham im bayerischen Landtage zu behaupten, daß der russische Strafgesetzbuch auf der Höhe der modernen Rechtswissenschaft und Strafrechtspflege stehe. (Heiterkeit links.) In der Tat ist die russische Rechtspflege nur ein glänzender Aufspinn, bestimmt,

die nackte Barbarei

zu verhüllen. Straßendemonstrationen werden als Majestätsbeleidigung behandelt, die Urteile können auf administrativem Wege geändert werden, die Richter sind ohne weiteres absetzbar und der Justizminister kann für jeden einzelnen Fall ein besonderes Prozeduralverfahren vorschreiben. (Hört, hört! links.) Auffällige Anern, religiöse Sektierer, unzufriedene Studenten werden verhaftet, unter Militär gestellt oder auch totgepeitscht. Kurzum, es fehlt in Russland alle Voraussetzungen eines geordneten Rechtswesens nach unsern Begriffen, es fehlt jede prinzipielle Trennung zwischen Justiz und Verwaltung und zwischen Gesetz und Verordnung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial.)

Der Bismarcksche Briefwechsel aus dem Jahre 1860 mit dem Minister von Schweden beweist, daß Bismarck damals schon der Ueberzeugung war, daß die Zustände in Russland nicht so weiter gehen könnten. Wer aber in Russland heutzutage eine Veränderung der Verfassung anstrebt, macht sich eines politischen Deliktes schuldig. Einer solchen Regierung gegenüber können Kulturländer nicht mißtrauisch genug sein. Die deutsche Regierung fürchtete sich dann auch im Jahre 1885 vor der Debatte im Reichstage und zog den Vertrag zurück. Statt dessen kam der preussisch-russische und der bayrisch-russische Vertrag zustande. In den Motiven wurde der Kampf gegen den Anarchismus angegeben. Aber die deutsche Regierung weiß ganz gut, daß in Russland jede Opposition Anarchismus heißt. Der Hauptgrund der deutschen Regierung muß also ein anderer sein. In jeder Zeile des Vertrages, wie in den Schriftstücken, die der Reichskanzler uns im vorigen Jahre vom Kaiser Bismarck vorgelesen hat, wird die Notwendigkeit

betont, gute Beziehung, freundschaftliche Beziehungen mit Russland zu erhalten. Seit Frankreich einige Jahre nach 1870 sich Russland zu nähern begann, hat Russland mit gewohnter Rücksichtslosigkeit politische und wirtschaftliche Vorteile aus der Freundschaft Frankreichs und Deutschlands zu ziehen gewußt. Ueber diesen

Wettbewerb um die Gunst Russlands

enthaltend die jüngst erschienenen Erinnerungen des ehemaligen vorkriegsministerpräsidenten Freiherrn von Mühlbach sehr interessante Mitteilungen. Im Jahre 1879 grüßte der Reichskanzler Fürst Bismarck, daß der Zar Wilhelm den Erben zu der eines deutschen Kaisers fast unwürdigen Fahrt nach Alexandrowa genötigt habe. (Hört, hört! bei den Sozial.) Das sind die Worte Bismarcks. Endlich im Jahre 1883 kam es soweit, daß Bismarck erklärte, es sei eine Frage der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Reiches, die Annahmungen Russlands zurückzuweisen. Sei der Kaiser damit nicht einverstanden, so werde er sein Amt niederlegen. Aber an seine Stelle könne nur ein dem Zaren genehmer Staatsmann treten. (Hört, hört! bei den Sozial.) Damals suchte die deutsche Diplomatie mit dem Argument zu wirken, daß die Differenz zwischen Deutschland und Russland klein sei gegenüber der Differenz zwischen der Monarchie und der Republik, der Revolution. Die russische Regierung hat natürlich bald gemerkt, wozu prächtige Waffe für ihre innerpolitische Bestrebungen die deutsche Regierung ihr damit gegeben hatte. Schließlich hat sich im Jahre 1885 in Deutschland die Freundschaft Russlands durch den Triest des preussisch-russischen

Auslieferungsvortrages

erkaufte. Wie hat ein anderes Land den Schimpf eines derartigen Vertrages auf sich geladen. (Sehr wahr! b. d. Sozial.) Jetzt, wo das russische System nach innen seine ganze Brutalität, nach außen seine Habschheit zeigt, wo selbst China keine Furcht mehr vor Russland hat, scheint es uns angebracht, daß auch Deutschland die unwürdigen Ketten abschüttelt. (Bravo! b. d. Sozial.) Sonst müßte der Verdacht, daß noch weitgehendere Absichten dahinterstehen, sich bestätigen. Den Vorwurf gegen uns, als ob wir einen Krieg mit Russland wollten, wird der Herr Reichskanzler heute wohl nicht wiederholen. Wir haben in unserer Resolution die Frage der Kompetenz zum Abschluß von Verträgen gar nicht berührt, wir wollen nur, daß diese Verträge, die ich wohl hinreichend charakterisiert habe, überhaupt fallen und durch Abmachungen ersetzt werden, die politische Vorteile ohne weiteres ausnehmen. Nach der bisherigen Stellung der Parteien hoffen wir, daß unsere Resolution eine große Mehrheit finden wird. (Lebh. Beifall b. d. Sozial.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Die große Mehrheit des Hauses wird mit mir der Ansicht sein, daß mein armer Vorgänger Fürst Bismarck über der von dem Vordränger geliebten Kritik steht. Fürst Bismarck hat sich eine Stellung in der deutschen Geschichte geschaffen, gegen welche der Abg. von Vollmar vergeblich Einwand läßt. (Bravo! rechts.) Haben bei den Sozial.) Herr von Vollmar sprach von der Erschütterung des russischen Prestiges, aber er wird anerkennen müssen, daß die französische Republikaner und die französische Demokratie die Alliance mit Russland noch immer in der sorgsamsten Weise pflegt. Auch die englischen Liberalen wünschen lebhaft gute Beziehungen zwischen England und Russland. Die einsichtigen Leute sind eben der Ansicht, daß die

russische Großmachtstellung

die Wechselfälle des gegenwärtigen Krieges und die Schwierigkeiten der inneren Unruhen überdauern wird. (Rufe bei den Sozial: Na! na!) Ich behauere noch heute der Ansicht sein zu müssen, daß die Sozialdemokratie einen Konflikt zwischen Deutschland und Russland sehr gern sehen würde, um an diesem Brande ihren Parteitopf zu locken. (Sehr richtig! rechts.) Haben bei den Sozial.) Redner verliest einen Artikel aus der „Schwäbischen Tagung“, in dem es heißt: hätte die deutsche Arbeiterschaft jenen Einfluß auf den Staat, den sie anstrebt, so würde morgen eine bewaffnete Heeresmacht über die Grenze schreiten, um den russischen Brüdern Befreiung

zu bringen. (Lebh. Hört, hört! rechts.) Ich kann nur wiederholen, daß wir nicht von Russland abhängig sind, daß wir Russland nicht nachlaufen, daß wir aber auch keinen Anlaß haben, uns Russland unangenehm zu machen, wie dies manche Leute wünschen möchten. Während des ganzen Verlaufes des ostasiatischen Krieges — um auf die deutschen Schiffverläufe an die kriegführenden Parteien zu kommen — haben die kriegführenden Parteien, beide, zahlreiche Handelschiffe aus ausländischem Privatbesitz künstlich erworben. Das ist nach feststehendem Völkerrecht neutralen privaten Personen nicht verboten. Beide Regierungen, die russische wie die japanische, wissen ganz genau, daß sie sich auf unsere Straße und loyale

Neutralität

betragen können. Redner verliest eine Depesche des russischen Gesandten in Tokio. Die japanische Regierung weiß, daß gegen uns Feindschaft spielen, — wer die Leute sind, die Japan einreden möchten, daß wir nicht eine ganz unabhängige und neutrale Haltung einnehmen, das weiß ich nicht, aber vielleicht Herr von Vollmar. (Heiterkeit rechts.) Ebenso weiß die russische Regierung ganz genau, daß wir die jetzigen Schwierigkeiten Russlands nicht benutzen werden, um uns Russland irgendwie unangenehm zu machen. Wir werden uns nicht in einen Gegenlag zu Russland bringen lassen, für den kein reales deutsches Interesse vorhanden ist. (Bravo! rechts.)

erklärt, daß sich der preussische und der bayerische Auslieferungsvortrag trefflich bewährt hätten. (Schallende Heiterkeit links.) Sie (nach links) sollten sich doch freuen, da Sie doch die russische Kluft so schlecht machen, daß Preußen und Bayern, die etwa nach Russland flüchten nicht nach russischen Gesetzen abgemittelt werden können (Schallendes Gelächter links), sondern an ihre Heimatstaaten ausgeliefert werden müssen. Noch nicht ein einziges Mal haben die Verträge zur Auslieferung politischer Verbrecher geführt. (Hört, hört! rechts.) Der größte Teil des Volkes hält die Verträge für einen Segen. (Brausendes Gelächter links.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (freisinnige Volkspartei)

regt eine neue Vereinbarung mit Amerika zur Schutze des literarischen und künstlerischen Urheberrechts an. Das Abkommen vom 15. Januar 1892 bedeutet direkt die Auslieferung des deutschen literarischen und künstlerischen Eigentums an die Amerikaner. (Sehr richtig! links.)

Redner führt mehrere Beispiele für den literarischen Raub

an, der in Amerika getrieben wird. — Redner geht alsdann zur Beschreibung der deutsch-russischen Beziehungen über, und bringt zwei beispielhaft von der politischen Presse gebrachte Fälle zur Sprache. Die Fälle sind so ungeheuerlich, daß es völlig ausgeschlossen erscheint, daß sie wahr sind. Erkens soll nämlich ein

deutscher Arbeiter

der Verlobte eines deutschen Dienstmädchens aus Rußisch-Polen, mit seiner Braut über die Grenze gegangen sein, um die Papiere zu besorgen, dort aber von Kosaken festgenommen, gefesselt und nach der Mandchurei geschickt worden sein. (Hört, hört! links.) Zweitens sollen drei deutsche Familien, die früher in Rußland ansässig waren, jetzt aber wieder in Deutschland wohnen, bei einem Besuche bei russischen Verwandten gefangen genommen und ihre männlichen Mitglieder ebenfalls nach der Mandchurei geschickt worden sein. Wir erkennen durchaus die loyale Neutralität unserer Regierung gegenüber den kriegführenden Mächten in Ostasien an. Wir wollen Frieden mit dem russischen Volke und, wenn möglich, auch mit der russischen Regierung, aber wir wollen auch vollkommene Neutralität gegenüber dem „inneren Feinde“ in Rußland. Und diese Neutralität verleiht uns unsere Auslieferungsvorträge. (Sehr wahr! links.) Ich habe schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß das Schlimmste nicht die Auslieferung, sondern die Verquickung von Auslieferung und Ausweisung ist. (Sehr richtig! b. d. Sozial.) Ich habe die Bismarcksche Auslieferungspraxis, über die Graf Bülow so unigie Freude zu empfinden scheint, ebenfalls schon im vorigen Jahre als rückwärts einverleitet. Die Ausweisungspolitik Bismarcks ist um mindestens 20 Jahre älter, als die Vermählungen Frankreichs und Russlands. Ich erinnere nur an die Rede Waldeck im Jahre 1864. Nur das Einmigrationsprinzip, die Verpflichtung, alle die Vergehen einzeln aufzuzählen, dazwischen Auslieferung erlösen darf, kann der bedeutenden Verquickung von Macht und Rechtsfragen in der jetzigen Auslieferungspraxis ein Ende bereiten. Ich bitte den Reichskanzler, möglichst bald diese Auslieferungsvorträge zu kündigen, die das politische Asylrecht in einer für Deutschland unwürdigen Weise verletzen. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

erklärt, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika auch der erhöhte Schutz literarischer und künstlerischer Erzeugnisse angestrebt werden solle, und bittet bei diesem Werke um die publizistische und parlamentarische Unterstützung des Abg. Dr. Müller-Meinigen (Heiterkeit.)

Abg. Limburg-Sturum (konservativ)

verlangt Beibehaltung der Auslieferungsvorträge mit Russland, selbst wenn sich die Mehrheit des Reichstages dagegen erklären sollte. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Reventlow (Antisemit)

begrüßt die Wendung in der Wirtschaftspolitik des Reiches, beklagt sich über den Verlust Marokkos und über die Unfreundlichkeit Englands in Südwafrika. In der Zinsbruder Affäre hätte sich die Regierung über den Ausbruch des nationalen Empfindens freuen

Aus aller Welt.

Major v. Zhdow vor dem Oberkriegsgericht. Bekanntlich wurde dieser zärtliche Vater wegen roher Mißhandlung seines Kindes Anne-Marie vom Kriegsgericht in Braunschweig zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Da der Major gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, fand gestern die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht statt. Der Major bestritt, sein Kind mit der Reipetische schwer geprügelt zu haben. Letzteres sei übrigens verlogen und unangehörig. Die dann vernommenen Zeugen sagten zu Ungunsten des Majors aus. Der Sachverständige hält die Kleine für schwachsinzig, was er auf Vererbung zurückführt. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Der fastgefährliche Eis. Im Bezirk zu Warschau auf der Ordinastraße führte ein Klown einen dreifachen Eis vor. Nachdem Grauchen verschiedene Kunststücke gezeigt, sollte es auch ererzieren. Auf das Kommando „Vorwärts“ konzentrierte der Eis sich aber rückwärts. Je mehr der Dressur „Vorwärts“ rief, desto mehr ritt das Tier zurück. Darauf rief der Klown: „Aha, ich merke, Du bist Europalitt!“ Dieser Scherz rief ein ungeheures Gelächter und einen stürmischen Beifall hervor. Auf polizeilichen Befehl wurde der Bezirk geschlossen und der Klown verhaftet.

In dem Grubenunglück in Wals. Die Zahl der bei dem Grubenunglück in den Cambriangruben ungeloumten Bergleute wird auf 30-40 geschätzt. Ein Kohlenfaum steht in Flammen und alle Lösversuche haben sich bisher als nutzlos erwiesen. 24 Bergleute wurden bis jetzt an die Oberfläche gebracht, von denen noch 15 lebten. Einige dieser Leute werden jedoch sterben. Wenn der an die Oberfläche gebrachten Leichen waren stark verstimmt. 24 Leute werden noch vermist. Ein Versuch, durch Verkopfen der Eingänge das Feuer zum Erlischen zu bringen, erwies sich als verfehlt. Das Feuer brannte nur unso wütender.

Ordinanz in der Polizeirektion. Vor dem Schöffengericht in Halle klagte der Kommissar Kriebel, Leutnant der Reserve, gegen seinen Vorgesetzten, den Ober-Polizei-Inspektor, Hl. Amtsanwalt und Hauptmann der Landwehr Weidemann wegen Verleumdung. Als Kriebel sich im Juli v. J. wegen schlechter Behandlung bei dem Oberpräsidenten beschwerte und dabei, um die Ungerechtigkeit seiner Vorgesetzten darzutun, einige Mitteilungen über einen Kommissar, der zuweilen total betrunken zum Dienst kam, und über andere Polizeibeamte, die sich stillos verhielten, gemacht hatte, ging die Be-

schwerde nicht den Instanzenweg, sondern zurück an Weidemann. Dieser ließ sich nun den Kommissar in sein Bureau rufen, wie mit den Worten: „Hui Teufel“ vor ihm aus, kam mit geballten Fäusten auf Kriebel zu. Als dann der Kommissar sagte: „Ich bin doch nicht für Sklave“, schrie der Ober-Inspektor: „Seien sie nicht so frech, halten Sie den Mund“, und forderte den im Bureau anwesenden Wachmeister auf, den Kommissar und Leutnant hinauszuführen. Zwei als Zeugen geladene Beamte bestätigten den Vorgang. Kriebel beklagte sich sehr bitter über die Behandlung seitens des Ober-Polizei-Inspektors. Der Mann habe nicht davor zurückgeschreckt, zu verurteilen, ihn, Kriebel, als er seine Rechte wahrnehmen wollte, für unzurechnungsfähig erklären zu lassen, obwohl Privatkläger ferngeblieben sei. Beamte, die das Ansehen der Polizei geschädigt haben, habe er bevorzugt, ihn habe er unterdrückt. Kriebel Verteidiger warf Weidemann Mißbrauch der Amtsgewalt vor. Weidemann war, wie schon früher, wieder nicht zur Verhandlung erschienen. Er ließ durch seinen Verteidiger erklären, alles was er getan habe, habe er nur getan, um Ordnung in die Polizeirektion hineinbringen. Das Gericht verurteilte den ordnungswidrigen Ober-Polizei-Inspektor zu einer Geldstrafe von 30 M. eventl. 3 Tagen Gefängnis.

Ein fünfjähriger Held. In Blackburn spielte sich, wie ein Londoner Korrespondent mitteilt, ein wohl einzig dastehender Vorfall ab. Ein Knabe von fünf Jahren wurde von dem Bürgermeister feierlich mit der Rettungsmedaille dekoriert. James Field hat seinen einjährigen Bruder mit eigener Lebensgefahr vor dem Feuer tode errettet. Die Eltern der Kinder waren abwesend, und James spielte vor ihrer Pforte, als er Rauch aus der Stube dringen sah, in der sein Bräuderlein in der Wiege lag. Unbekümmert um die Gefahr, ging er in das brennende Haus, bis in das schon ganz verqualmte Zimmer, wo die Wiege stand, nahm das Baby in die Arme und trug es ins Freie. Wenige Minuten später krachte das Dach trachend in sich zusammen.

Der Knirps ließ sich die Auszeichnung mit einer Würde annehmen, als ob er sich der Bedeutung vollkommen bewußt sei; eine Dille Bombons dürfte er aber wahrscheinlich vorgezogen haben.

Ein Traum als Lebensretter. Ein mit seinem Kahn neben einem Kohlendampfer im Samburger Kohlenhafen liegender Oberländer Schiffer legte sich am Sonnabend spät Abends mit seiner Mannschaft, nachdem man 4700 Zentner Kohlen aus dem Kohlendampfer eingenommen hatte, stark ermüdet zur Ruhe. Der Kahn wurde während der Nacht bald so stark bedeckt, daß er zu sinken drohte. Gegen 12 Uhr Nachts erhob sich der Schiffer, der geträumt hatte, der Kahn verfinke, von seinem Lager und machte, trotzdem er dem Traum keine Bedeutung beimaß, sofort Licht. Wie erstarrt er aber, als er die Kajüte sowie den ganzen Kahn zum Teil mit Wasser angefüllt fand. Er weckte seine im Vorderteil schlafenden Leute und veranlaßte eine arabe vorbeikomende Hafenpolizeiwache, einen Pumpendampfer her-

beizuholen, dem es gelang, den Kahn so lange über Wasser zu halten, bis seine Ladung gelöscht war. Ohne den Traum hätte der Vorfall möglicherweise einen schlimmen Ausgang nehmen können. — Natürlich war es reiner Zufall, daß der Traum traf. Träume mit derartigem Inhalt sind für Schiffer gewiß nichts Ungewöhnliches. Dieser Schiffer hatte deshalb auch seinem eigenen Traum nicht getraut. Die Gedankenverbindung ist wohl darin zu suchen, daß es öfter vorkommt, daß Röhre, wenn sie mit Schwergut beladen werden, plötzlich lech springen; der Schiffer hatte schon bei Tage an diese Möglichkeit gedacht und die Erinnerung daran kam sonach auch im Traumleben wieder zum Durchbruch.

In Sturm und Wellen. Der Passagierdampfer „La Touraine“, der am Montag in Newyork eintraf, hatte auf seiner neuntägigen Fahrt über den Atlantischen Ozean unaufhörlich gegen schwere Stürme ankämpfen, welche die Befragung auch nicht einen Augenblick zur Ruhe kommen ließen. Der Kapitän des Dampfers erklärte, die Fahrt sei die schlimmste und gefahrvollste seines Lebens gewesen. Der Sturmwind muß eine Geschwindigkeit von 70 bis 80 englischen Meilen in der Stunde besessen haben. Dausbohe Wogen zertrümmerten die Luken wie Papier legten über das Deck, daß man beizüchten mußte, sie würden die Deckaufbauten mitnehmen, und stießen das Schiff mit solch furchtbarem Gewalt hin und her, daß wir beizüchten, die stärksten Platten des Rumpfes würden zusammenbrechen.“

Der größte Bagger der Welt ist der von Schichau für die Kriegsmarine erbaute Riesenbagger, der bei Wilhelmshaven die Jade die durch Baggerungen mit gewöhnlichen Baggern nicht ausreichend tief erhalten werden konnte, vertieft soll. Nach dem Bauvertrage muß der Bagger in weichen Boden 3600 Raummeter in der Stunde haben; er leistete statt dessen aber spielend 5000 Raummeter in der Stunde und schaffte im schweren Sandboden immer noch 3600 Raummeter fort. Statt acht Knoten, die er vertragmäßig bei voller Belastung und vollgepumpten Behältern fahren sollte, betrug seine mittlere Geschwindigkeit während mehrwöchiger Fahrt zehn Knoten, wodurch die Leistung des Baggers sehr erhöht wird. Dadurch vermog er nämlich an einem Tage 24.000 Raummeter Boden aus dem Wege zu schaffen, wodurch bei 250 Arbeitstagen im Jahre eine Gesamtleistung von 6 Millionen Raummetern entsteht. Es stellt sich daher der Raummeter gefördertem Bodens, selbst wenn man Verquickung und Tilgung des ganzen Baggers rechnet, auf kaum drei Pfennige für den Raummeter; die früher in den Häfen arbeitenden Bagger beseitigen durchschnittlich nur für 50 Pf. den Raummeter Boden. Wie geschrieben wird, hat Schichau bereits eine große Zahl dieser neuen Bagger von verschiedenen Seiten in Auftrag; es mehren sich namentlich die Anträge aus überseeischen Häfen

folgt die Freundschaft der österreichischen Regierung ist doch nicht so viel wert. Redner verlangt ferner unter wiederholter Nennung der Freundschaft der österreichischen Regierung, die Ausrottung einer etwa entstehenden schwarz-weißen Mischung und die Bekämpfung jeder geschlechtlichen Vermischung Weißer und Schwarzer. Auch mit mongolischen Offizieren sollten unsere Beamten nicht zum kameradschaftlichen Verkehr befähigt werden. (Lärm links; pour le mérite!) Es ist unerheblich, daß ein hoher Reichsbeamter in die mongolische Rasse hineingeboren ist, ohne seine Posten zu verlieren. (Lärm h. d. Sog.; pour le mérite!) Redner bezieht sich weiter über die internationalen Sportveranstaltungen und darüber, daß die Minister gleich zu mehreren jedem sozialdemokratischen Redner antworten, das erhöht nur deren Selbstgefühl. Und in sozialdemokratischen Kreisen sagt man: Wenn unser August Bebel spricht, dann zittern die Minister!

(Weiteres.) Der Reichstagsler sollte durch eine noch entschiedener aggressive Politik die Sozialdemokratie bekämpfen. (Beifall rechts, stürmische Heiterkeit links.)

Reichstagsler Graf Ostow: Damit Graf Reventlow einsteht, daß ich nicht bloß den Herren Sozialdemokraten antworte, will ich auch ihm antworten. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause, namentlich links.) Die Wahrheit, daß wir uns nicht in die inneren Verhältnisse fremder Staaten einmischen haben, gilt auch für den Grafen Reventlow und nicht nur für die äußerliche. (Vebastert Reichstagsler h. d. äußersten Linken.) Sie gilt auch für unsere Studenten. Jeder lebe vor seiner eigenen Tür. (Lärm bei den Polen; auch Reiter von Rheinbaden.) Die Verlobung eines jungen deutschen Staatsmannes mit einer Japanerin bietet keinen Angriffsplatz. Auf weitere Beschwerden des Redners wird der Staatssekretär v. Richter antwortend, daß selbst Bebel mit der, auf die marokkanische Angelegenheit zurückzuführen.

Abg. Graf v. Reventlow (Rechts) beantwortet die Resolution seiner Fraktion auf Vorlesung eines Beschlusses über die Regelung des Ausenhalts der Ausländer im deutschen Reich. Redner, dessen Ausführungen auf der Tribüne zum Teil unverständlich bleiben, bringt eine Reihe von Einzelfällen vor, und stellt alsdann das verfassungsmäßige Anordnungsrecht an, das er als das beste Regimentsmittel für die Sozialdemokratie bezeichnet. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Staatssekretär des Auswärtigen Abt. v. Richter antwortet dem Redner an den preussischen Landtag. (Schallendes Gelächter links.)

Abg. Jessen (Zentrum) fragt über die Ausweisungspolitik in Schleswig.

Abg. Dr. Spahn (Zentrum) macht darauf aufmerksam, daß Wintbert dem Landmann vertreten habe, daß der Reichstag als erste Körperschaft des Reiches sich nicht das Recht nehmen lassen dürfe, zur Behandlung von Ausländerstellung zu kommen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Unser Wunsch, gute Beziehungen zu Russland zu haben, schließt nicht aus, daß wir mit Russland denselben Auslieferungsvertrag haben wie mit den anderen Kulturstaaten. In einschlägigen Kaufmannskreisen wird es als sehr verständig bezeichnet, daß wir uns nicht in das englisch-französische Marokko-Abkommen eingemischt haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Chryznowski (Rechts) führt weiter aus: von wackerlichen Ausweisungen und Auslieferungen nach und an Russland an. Das Ziel der deutschen Vorkriegspolitik ist die Verwirklichung der polnischen Nation. Die Konfessionen und die preussische Regierung haben ganz vergessen, daß es auch Polen gab, in denen Preußen dazwischenlag, und Schwelgen in Machtgier und Herrschaft. Unsere kleine Fraktion wird nicht müde werden, dafür zu wirken, daß endlich das Fremdenrecht in Deutschland so geregelt wird, wie in anderen Kulturstaaten! (Sehr wahr! bei den Polen und bei den Sog.)

Staatssekretär Graf Pojadowski polemisiert gegen die Ausführungen der deutschen und polnischen Redner. Das preussische Auslieferungsrecht steht nicht im Widerspruch zu dem Artikel 3 der Reichsverfassung, nach welchem jeder Reichsangehörige Grund und Boden in jedem Bundesstaat zu erwerben das Recht hat. Die Veränderung einer neuen Artbewegung ist eben etwas anderes. (Lärm rechts und links.) Ich halte es für vollständig ausgeschlossen, daß es zu einer reichsgesetzlichen Regelung des Fremdenwesens kommt, denn dieses Gebiet unterliegt der Souveränität der Einzelstaaten. Die sich dieses wichtige Gebietes über nicht nehmen lassen. (Lärm links.) Der Staat kann sich das Recht vorbehalten, die Ausländer, die doch immer Gäste bleiben, gelegentlich aufzunehmen. (Lärm bei den Sog.; Polen, England, Amerika!) Da dort liegen die Verhältnisse ganz anders. (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (Zentrum) betont, daß wenig Aussicht auf ein Reichsauslieferungsrecht besteht. Das preussische Auslieferungsrecht steht untragbar einem Teil der Reichsangehörigen außerhalb des gemeinen Rechts. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Redner bezieht sich auf die Resolution seiner Fraktion auf jährliche Vorlage einer tabellarischen Übersicht über die Punkteausweisungen zu den Reichstagsgebühren.

Erweitert verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 16. März.

Der Kampf um eine freie Nacht. Wie in anderen Städten beschäftigen sich die hiesigen Bäckergehilfen mit der Gewährung einer freien Nacht an den hohen Festen und richten an die unabhängige Behörde ein Gesuch ein mit dem Antrage, durch Verordnung, im Bäckergewerbe zu den hohen Feiertagen vom ersten auf den zweiten Tag vollständige Arbeitsruhe einzuführen. Zu diesem Antrage sollten sich zunächst die Arbeitgeber äußern, und es fand auf Veranlassung der Behörde unlängst eine Versammlung der Bäckervereinigung statt. Der Versammlung wohnte der königliche Gewerbeamt Herr Petersen bei. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt, obwohl sich eine Anzahl Meister für Annahme ausgesprochen hatten. Der Gewerbeamt wollte nun auch die Meinungen der Gesellen hören und sprach dem Gesellenausschuß den Wunsch aus, daß zu diesem Zwecke eine Gesellen-Versammlung stattfinden möchte. Der Gesellenausschuß veranstaltete eine solche am Dienstag in der „Ecke“, Nikolaisstraße, zu der der gesamte Innungsvorstand und eine Anzahl Meister, besonders die, die gegen den Antrag gesprochen, schriftliche Einladung erhielten. Die Versammlung war zahlreich, auch von Meistern besucht. Der Gewerbeamt nahm gleichfalls an derselben teil.

Der Abg. berichtete über den Verlauf der Innungs-Versammlung, worauf eine regere Diskussion entstand. Herr Bäckemeister Bödeler erklärte, er wolle gern seinen Gesellen, er beschuldige deren nicht, eine Forderung zu stellen, aber zu den Feiertagen er das unzulässig. Er habe große Respektanten, Weinhandlungen u. zur Familienfeier, die er auch an den Feiertagen mit Gehalt versehen möchte. Bei ihm gebe es absolut nicht. Die Bäcker, die dazu imstande seien, sollen es ruhig tun, er könne es nicht. Es sprach sich dann Gesellen, von denen die Ausführungen der Kollegen Biegen und Macho hervorgehoben sind. Biegen bemerkte, daß die Meister

sich kränken der Konkurrenz wegen, damit der eine nicht mehr Kunden bekommen sollte, als der andere. Von diesen Meistern werde selbst gegeben, daß die Betriebskosten am ersten Feiertage größer sind, als die Einnahmen, und so könnte man die Feiertage nicht verstehen. Der Bäcker habe weder Sonntag noch Feiertag Ruhe, wie eine Maschine er arbeite, soviel Tage im Jahre, soviel Tage müsse er ohne Ruh und Kost tätig sein. Man könne es den Meistern nicht überlassen, wie sie die Ruhezeit einrichten wollten, die Hauptsache sei doch die, daß die Arbeiter wenigstens an den hohen Feiertagen sich einmal ihres Lebens erfreuen können. Beim Rücktritt habe man der Forderung auf eine freie Nacht zugestimmt, aber wie ist das Versprechen gehalten worden? Die Meister wollen einfach nicht. Daß sie dazu nicht im Stande seien, sei eine pure Ausrede; was in anderen Städten möglich war, ist in Breslau nicht unmöglich. Es werde immer von den Meistern behauptet, viele Gesellen wollten gar keine freie Nacht, das glaube niemand, welcher Geselle wollte zu den Feiertagen sich nicht einmal anstrengen. Biegen hofft, daß die Behörden sich trotz des ablehnenden Innungsbeschlusses nicht abhalten lassen werden, die so berechtigten notwendigen Verordnungen zu erlassen. Was er wies auf die zu Weihnachten v. J. in Berlin erlassene Polizeiverordnung, betreffend die Feiertage hin, mit der die Berliner Meister sich ganz gut abgefunden haben. In Breslau sei es nur als künstlerischer Trost anzusehen, wenn der Antrag nicht genehmigt wird. Die Ware, die am ersten Feiertage hergestellt wird, sei wirklich ganz minimal, und dazu zum Teil unzulänglich. Die Meister haben die Befürchtung, daß viele unter ihnen sich an den Feiertagen nicht freuen und doch arbeiten würden. Diese Befürchtung brauchen sie nicht zu hegen, die Gesellen werden für die nötige Kontrolle schon Sorge tragen. Die Verordnung muß und wird kommen, mögen die Meister sich noch so sehr sträuben, alle anderen Berufe haben ihre Arbeitsruhe, nur die Bäcker haben keine. Die Kollegen sollten nur eins sein. Herr Bäckemeister Ritter äußerte sich dahin, daß die Person, die den Bäckerberuf ermahnt hat, sich die Nachtarbeit gefallen lassen müsse, es gebe ja soziale Beamten, die die Nacht hindurch auf dem Posten sein müssen, so z. B. die Schulleute, die Eisenbahner, die Feuerwehre usw. Macho hätte gegen seine eigenen Kollegen einen schweren Vorwurf erhoben, wenn er sagte, die Feiertagsarbeit lauge nicht viel. Macho erwiderte: Herr Ritter vergesse, daß die von ihm genannten Beamtensategorien auf Lebenszeit gegen festes Gehalt angestellte Leute sind. Die Bäcker aber müßten für einen erbarmlichen Lohn die Nächte durcharbeiten und ihre Erpfähigkeit auch eine sehr unsichere. Mit solchen Beispielen sollte man den Gesellen nicht kommen. Er habe nicht den Kollegen einen Vorwurf gemacht. Der Vorwurf treffe vielmehr das Arbeitssystem im Bäckergewerbe, das den Bäcker geizig vor und zu den Feiertagen dermaßen anstrengt, daß er schließlich bei der Arbeit ermüdet. Macho bemerkte zum Schluß, daß die Vertreter der Behörden durch den Verlauf der Versammlung zu der Ueberzeugung gelangt sein werden, daß es den Gesellen mit ihren Verordnungen ernst sei, das dämmernde Bäckergewerbe zu heben, daß sie gerechtfertigte Forderungen stellen, die bei gutem Willen zu erfüllen sind. Auf das Zugeständnis der Meister sei aber nicht zu rechnen. Darum müsse die Regelung durch gesetzliche Maßnahmen erfolgen.

Darauf wurde von den Gesellen einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung der Breslauer Bäckergehilfen erklärt es als eine beschämende Tatsache, daß die Forderung von drei Arbeitstagen im Jahre überhaupt noch gestellt werden muß; um so beschämender aber ist es für unsere Bäckereinnahme, wenn sie dieser Forderung nicht gerecht wird und die Forderung noch entgegenstellt.

Wird der beständige Wunsch der Gesellen, an den drei hohen Feiertagen je einen Arbeitstag zu haben, auch von einem großen Teile der Meister befürwortet wird, und weil diese Forderung, wenn allgemein durchzuführen, die unläutere Konkurrenz beseitigt und dem ganzen Gewerbe nur Nutzen kann, erwartet die Versammlung von den zuständigen Behörden bald die beantragte Verordnung, durch welche in den Bäckereien dreimal im Jahre eine vollständige Arbeitsruhe erreicht wird. Die Breslauer Bäckergehilfen erklären sich gegen die Stellungnahme der Innung zur Frage der Feiertagsruhe, und in Erwägung dessen, daß im Bäckergewerbe trotz Nachtarbeit und überlanger Arbeitszeit bei den hiesigen Meistern noch die feiertägliche Arbeitsruhe besteht und andererseits hunderte und tausende von Gesellen arbeitslos sind und wegen der Ueberfüllung im Beruf diesen verlassen müssen, verweigern die Versammelten, sich nun der Organisation anzuschließen und halten die Zeit für gekommen, wo auch im Bäckergewerbe jede Woche ein Arbeitstag eingeführt werden muß.

Wir wünschen den Bäckergehilfen den besten Erfolg ihrer Bestrebungen, fürchten aber, daß der reaktionäre Einfluß der Innungsherren größer ist, als der der Gesellen.

Der Provinziallandtag für Schlesien genehmigte in seiner Mittwoch-Sitzung, die 2 1/2 Stunden dauerte, nicht weniger als 30 Vorlagen. Nur in zwei Fällen entsponn sich eine kurze Debatte.

Zuerst beim Etat des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien für 1905, dessen Einnahme und Ausgabe auf je 3,095,700 Mark festgelegt wurde. Wenn man bedenkt, daß sich der Staat nur in den dringendsten Fällen der unzulässigen Not erbarmt, so mag man aus der eben erwähnten Summe erfahren, wie traurig es um die Lebens- und Gewerbeverhältnisse in Schlesien in Wirklichkeit bestellt sein muß. Der Berichterstatter über diesen Punkt, Freiherr v. Lischauer, gab namens der Kommission die Anregung, daß in Anbetracht der enormen Steigerung der Unterstützungssumme eine Dezentralisation des ganzen Unterstützungswesens eintreten möge. Nicht mehr die Provinzialverwaltung, sondern die Kreis- und Kreisstädte sollten in Zukunft die Bedürfnisse im Armenwesen regeln. Der Vorbesitzer Herr v. Richter erwiderte, daß der Provinziallandtag den Staat um eine gesetzgeberische Aktion jedenfalls nicht ersuchen werde. Der Redner verlor die tatsächlichen Verhältnisse durchsah. Die Vorlage wurde im übrigen genehmigt.

Eine kurze Debatte rief ein Antrag hervor, welcher die Bewilligung eines Wohnungsgeldzuschusses an die Witwe eines Landbesitzeres in Höhe von 1200 Mark für Lebenszeit (statt bisher 450 Mark) forderte. Diese Unterstützung wurde beantragt. Der Landbesitzer empfahl aber die Vorlage mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit handelsgemäßer Verforgung. Der Hinweis wurde mit lebhaftem Beifall und die Vorlage schließlich angenommen. Von den anderen wichtigeren Vorlagen, die genehmigt wurden, seien hervorzuheben:

Der für die Wahlbarkeit im Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer festgesetzte Betrag an Grund- und Gebäudesteuer für die Kreise Bentzen-Land und Jarze wird von 225 Mk. auf 300 Mk. erhöht.

Bei Berechnung und Verteilung der auf die einzelnen Kreise entfallenden Provinzial-Ausgaben und Landarmen-Verordnungen ist in Zukunft von einer Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 200 Mark abzusehen und zwar hat dieses Verfahren bereits bei der Verteilung für das Rechnungsjahr 1904 stattgefunden.

Zur Bekämpfung der durch Schädlinge im Juli 1903 herbeigeführten Schäden soll der Kreis Schlaun mit 5000 Mk., der Kreis Kofel mit 10,000 Mk., die Kreise und Schulgebäude im Regierungsbezirk Doppel mit 800 Mk. weiter unterstützt werden. Zweck-Eindeutung der Dopa-Riederung von der Gemeindegrenze oberhalb Bleichwitz bis Pöhlowitz im Kreis Grotzsch wurde bis zu 33,500 Mk., Zweck-Regulierung der Straßener Wasser bis zu 10,667 Mk. als Bewilligung gewährt, aber unter der Bedingung, daß auch der Staat mindestens bis zu gleicher Höhe beiträgt.

Der Landtagsdispositionsfonds enthält an laufenden Beihilfen für 1905 die Gesamtsumme

von 287,607 Mk. Davon entfallen allein 140,000 Mk. auf die byzantinischen Geschenke für die Silberhochzeit des Kaisers und die grüne Hochzeit des Kronprinzen. Also genau die Hälfte des ganzen Etats für solche unproduktive Zwecke! Selbstredend wurde der Dispositionsfonds genehmigt. Die weiteren Vorlagen beziehen sich im wesentlichen auf Gewährung von Beamtenunterstützungen (Witwen u. dgl.), auf Wahlen zum Provinziallandtag und deren Verwaltungsgeschäfte oder es handelt sich um einige redaktionelle und formelle Änderungen von Reglements und Statuten, die in den Tätigkeitsbereich der Provinzialverwaltung liegen.

Von einem Teil der in besonderen Kommissionen beratenden Vorlagen wurde vom Landtag antragsgemäß nur Kenntnis genommen.

Beifallvorstellungen des Sombold-Vereins. Um den außerordentlich starken Bestellungen auf Villetts zu der Vorstellung von Holz- und Jerschs „Traumulus“ am Montag, den 20. März, tunlichst zu entsprechen, wird dieselbe Montag, den 3. April, wiederholt. Die Ausgabe der angeteilten Eintrittskarten für beide Vorstellungen findet Sonnabend, den 18. März, Vormittags von 10-11 Uhr, bei Herrn Eugen S. Bernhardt, Sadowstraße 60, 61, statt.

Die Belagerung im Kloster. In der vergangenen Nacht kam ein wohnungsloser Dampfermeister in Begleitung einer weiblichen Person in eine Weinhandlung auf der Schweidnitzerstraße und machte eine sehr ansehnliche Fehle. Da er kein Geld besaß, wollte er heimlich verschwinden; die Handlung war jedoch verschlossen. Er schloß daher in das Kloster und verriegelte dasselbe. Das Personal veranlaßte nun eine Belagerung, die zu keinem Ergebnis führte. Als fast eine Stunde vergangen war, wurde zum Sturm geschritten und die Tür mit Gewalt geöffnet, worauf der Gesangene der Polizei übergeben wurde.

Unfälle. Ein Schlossergeselle stürzte in einem Hause auf der Mendorfstraße infolge eines Krämpfanfalles zu Boden und erlitt schwere Kopfverletzungen. Er fand im Wenzel Handtuch Krankenhaus Aufnahme. Am 13. d. Mts., Vormittags, fiel aus dem 4. Stock eines Hauses auf der Pöfenerstraße eine Fensterscheibe herab und einem vier Jahre alten Mädchen auf den Kopf, wodurch dieses eine schwere Schädelfraktur erlitt. Am 14. d. Mts., Abends, stürzte ein Knircher auf der Weißhafergasse vom Wagen und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Bestimmunglos wurde er dem Allerheiligen-Hospital zugeführt.

Vermisst wird seit dem 6. d. Mts. der 60 Jahre alte Arbeiter Adolf Besole, welcher Friedrichstraße 32 gewohnt hat.

Selbstmord. Am 14. d. Mts., Vormittags, hat sich ein Arbeiter Bruno W. in seiner Wohnung Märkischstraße 32 am Klebeschranke erhängt. Der Mann hinterläßt Frau und vier Kinder. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

Schlafwandeln. Am 13. d. Mts., Nachmittags, mietete ein etwa 28 Jahre alter Mann auf der Pöfenerstraße eine Schlafstube und verließ am nächsten Morgen unter Mitnahme eines Krimmerüberziehers, einer dunklen Hute und anderer Kleidungsstücke. Der Dieb hatte schwarzes Haar und Schnurrbart. Durch anscheinend denselben Dieb wurden aus einer Wohnung auf der Bismarckstraße ein Paar Schnürschuhe gestohlen.

Diebstahl. Einem Dieb wurde in einem Restaurant auf der Bismarckstraße ein Vorkammet mit 670 Mk., einem Hülsler aus dem Kreis Neobischitz im Birlus ein Vorkammet mit 13 Mk., aus einer Ausspannung auf der Klosterstraße ein schwarzes Bierdeckelintergeschir mit Werte von 30 Mk., einem 5 Jahre alten Mädchen auf der Hirschstraße durch eine weibliche Person die goldenen Ohrringe und einem Dienstmädchen ein Sparfassenbuch über 115 Mk. gestohlen.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 14. d. Mts. 17 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Granatohrgehör, eine goldene Perlenkette und ein wellenes Reifeuch. — Abhanden kamen: eine goldene Damenuhr, ein Brillantohrgehör, ein goldener Trauring, ein goldenes Armband, ein silbernes Panzerarmband und eine lila Stola.

Dunzlau, 16. März. Arbeiter-Turnverein. Diese Woche findet die Gründung eines Arbeiter-Turnvereins statt. Bisher haben sich über 30 Personen eingeschrieben, die denselben beitreten wollen. Wir wünschen diesem neuen Verein, daß er blühen und gedeihen möge.

Das Gewerkschaftskomitee hat vor kurzem nach einem eingehenden Referat des Genossen Schelsch beschlossen, beim hiesigen Amtsgericht eine Liste von Gewerkschaftsmitgliedern einzufordern, mit dem Ersuchen, dieselben als Schlichter zu wählen.

Vom Gewerbegericht. Herr Bürgermeister Richter hat sein Amt als Vorsitzender des Gewerbegerichts niedergelegt und ist an seine Stelle Herr Rechtsanwalt Benndorf vom Magistrat gewählt worden. Die Gründe dieses Beschlusses sind unbekannt.

Der Wahlverein Dunzlau-Löben weist mit seinen Filialen auch wieder im vergangenen Quartal eine erhebliche Zunahme von Mitgliedern auf. Möchte diese erfreuliche Tatsache alle Genossen anspornen, noch mehr neue Mitglieder zu werben, damit die politische Organisation bald die Zahl 1000 erreicht.

Wurft wider Wurft. Vor kurzem meldeten wir, daß Herr Oberlehrer Dr. Hänel den Vorsitz im „Neuen Wahlverein“ niedergelegt hat. Der Grund dafür dürfte darin zu suchen sein, daß Herr Hänel bei der Ernennung zum Professor übergeben worden ist, indem nicht er, sondern ein Kollege, der kürzere Zeit am hiesigen Gymnasium wirkte, den Professortitel erhalten hat. Dem Staat geschieht es ganz recht, wenn Herr Hänel seine ihn erhaltende Tätigkeit einstellt. Wie kann er auch einen Mann zurücksetzen, der für die konservative Sache so eifrig gewirkt hat. Herr Dr. Hänel hat sich in den Schmolzwinkel zurückgezogen und wird am Ende gar noch Sozialdemokrat.

Wrieg, 15. März. Eine Reform der örtlichen Partei-Organisation haben unsere hiesigen Genossen jetzt vorgenommen. Der Posten des Vertrauensmannes ist aufgehoben und sind sämtliche Parteigeschäfte dem Wahlverein übertragen worden. Als Vorsitzender desselben ist Genosse Kiunke, Fischer-gasse 15 II, gewählt worden.

Neustadt O.S., 15. März. Die letzte Wahlvereins-Versammlung war nur mäßig besucht. Genosse Panisch gab den Bericht über die Konferenz des Agitationsbezirks Breslau. Auf eine Frage, wie in Zukunft die angrenzenden Reichstagswahlkreise, in denen keine Parteiorganisationen bestehen, im Falle der Wahlen mit Flugblättern und Stimmzetteln belebt werden sollen, erwiderte Genosse Panisch, daß dies in der bisher geübten Weise die Parteigenossen der Organisationen der angrenzenden Kreise ausführen, resp. zur Hilfeleistung beibringen müßten. Als Agitations-Kommissionsmitglied wurde Genosse Panisch gewählt. Genosse Schindler erwiderte in längerer Ausführungen einen Rückblick auf den verflochtenen Parteienkampf der Vergangenen und der Vergangenen. In einer lebhaften Debatte führte die Frage, wie stellen wir uns zur Beschaffung literarischer Materialien? Genosse Panisch wies auf die in jüngster Zeit seitens des Breslauer Arbeiter-Sekretariats in den Spalten der „Volksmacht“ gemachten Ausführungen hin und betonte die Notwendigkeit zur Errichtung einer derartigen Anstaltstelle auch für die hiesige Arbeiterbewegung. Genosse Meier gab bekannt, daß er seit Beginn des Jahres über die von ihm angefertigten Schriftsätze eine Liste angelegt und somit die Sammlung des Materials begonnen habe, er wüßte aber nur, daß die Genossen ihn mit dem nötigen Material unterstützen und sich im Gebrauchsfall vertrauensvoll an ihn wenden. Das weitere wurde in die Hände des Vorstandes delegiert.